

forum

Friedensbildung statt Kriegstüchtigkeit!



Liebe Kolleg*innen,

diese Ausgabe erscheint unter dem Eindruck des militärischen und ökologischen Wahnsinns des Kriegs in Nahost/Westasien. Talkshows und „Leitmedien“ hangeln sich an regierungsamtlichen Äußerungen entlang. Entschieden auf den Standpunkt des Völkerrechts stellten sich in Deutschland leider anfangs wenige und klammerten sich dabei an die Vorstellung eines Regime-Change im Iran: Dabei wissen wir es doch besser: Militärische Interventionen von außen vergrößern in der Regel das Leid der Zivilbevölkerung und führen zu Chaos und Fluchtbewegungen, im Iran möglicherweise zu einem Bürgerkrieg aufständischer Minderheiten, der wieder von außen angeheizt wird. Im Libanon sind bereits hunderttausende auf der Flucht.

Cui bono? Wer profitiert bei allem am meisten? Viele in unserer Gewerkschaft haben nach einer „Gewissensprüfung“ den Kriegsdienst verweigert und Zivildienst geleistet oder andere Formen des Ersatzdienstes – oder sie waren Soldat. Trotz des Misstrauens in der Blockkonfrontation gelangen Verträge zwischen Ost und West. Sie hielten das System der abschreckenden Gewalt in Europa weitgehend in der Balance. Seitdem steigt nach einer kurzen Zeit der Friedensdividende durch Abrüstung die Verunsicherung: Mehrere Finanzkrisen, eine Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, ein Siegeszug digitaler Technologien bis zur KI, Corona, der zweite wirtschaftliche Einbruch durch den Ukrainekrieg, Trumps erratische Politik und nun noch die völkerrechtswidrigen Kriege in Nahost/Mittelasien. Und alles überwölbt der Klimawandel und die weltweite Naturzerstörung... Aber statt die unabweislichen Zukunftsprobleme entschlossen anzugehen, gibt es ein Rollback in essentiellen Politikbereichen. Als ob „Frieden“ im Innern und im Internationalen und ökologischer Erkenntnisse bei Klima und Natur verhandelbar wären!

Viele junge Menschen entziehen sich dem alten Denken. Und streiken. Vor Jahren fürs Klima. Jetzt gegen das Vordringen militärischer Denkmuster in die Schulen. Sie brauchen empathische Unterstützung, die sie stärkt und ihnen hilft, ihre und unser aller Zukunftsthemen in Sprache zu bringen. Sie brauchen Werkzeuge kritischen Denkens. Gute Bildung ist essentiell, und Friedensbildung im weiteren Sinne nötiger denn je. Dafür steht die GEW. Beim letzten Streik am 5.3. in Köln durfte die Junge GEW, aber auch der GEW-Stadtverband sprechen – seine Botschaft: Die in der GEW organisierten Kolleg*innen, aber auch der DGB setzen sich nachdrücklich ein für das Selbstbestimmungsrecht junger Menschen. Das ist Beschlusslage.*

Auch die tarifbeschäftigten Kolleg*innen haben gestreikt – für bessere Gehälter. Zum Ergebnis eine Analyse im Heft. Fakt ist: Die Inflation lag im Zeitraum von 2020 bis 2025 bei 21,8 Prozent, gleichzeitig legten die Einkommen im gleichen Zeitraum nur um gut 11 Prozent zu (Statistisches Bundesamt nach KNA vom 4.3.26). Wie können wir in Zukunft im Verbund mit ver.di und den anderen DGB-Gewerkschaften mehr erreichen?

Weitere Themen betreffen unsere pädagogische Arbeit und sind Beispiele des Engagements: Ob für den Erhalt einer Jugendeinrichtung, für Bäume auf einem Schulgelände, für besseren kommunalen Nahverkehr oder gegen den geplanten Abbau staatlicher Integrationsleistungen. Letztere stellen einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Frieden dar: Für begleitete bunte Vielfalt, gegen gruppenbezogene Diskriminierung. Die GEW kämpft mit. Im „Serviceteil“ gibt es digitale Tipps, wie wir uns alle durch Open Source Tools wie Linux etwas aus der Macht der US-Tech-Giganten lösen können. (Die Emojis bei manchen unserer Fotos sollen einer Gesichtserkennung durch KI vorbeugen.) Am Schluss findet sich unter „Internationales“ ein Bericht von Kolleg*innen über das Schicksal der Menschen in Nordsyrien (Rojava) - und der zweite Teil des Tagebuchs aus Palästina/Israel mit aktuellen Bezügen.

Wir wünschen Euch eine angenehme, bunte Lektüre in den Frühling hinein, im Netz als PDF auch komplett in Farbe (Suche: GEW + Wir-in-Koeln). Schreibt uns über die Geschäftsstelle: Bei Kritik, aber gerne auch bei Gelungenem: Wir freuen uns über jede Rückmeldung.

Peter Heim, Redaktion „forum“

*Dazu gibt es ab sofort in der Kölner Geschäftsstelle einen Flyer des AK Frieden & Internationales über die aktuellen friedenspolitischen Beschlüsse von GEW und DGB. Wir senden sie Euch auch gerne an eure Dienststelle – zur Verteilung und zur Diskussion vor Ort.

**Redaktionsschluss
nächste Ausgabe:
15.9.2026**

**Erscheinungsdatum
nächste Ausgabe:
2.11.2026**



Unser ONLINE-KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick – leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen (gew-koeln.de)!

forum 1-2026

KONTAKTE

Gremien zum Mitmachen 4

TITELTHEMA: GEGEN AUFRÜSTUNG UND KRIEG

50.000 gegen den Wehrdienst 5
 Rüstung als Wirtschaftsmotor? 8
 Dialektik der Aufrüstung 10
 Wenn man gegen Kriegsprofiteure ist... 12
 Eine der ersten: GEW Köln 13
 Dokumentiert: GfV-Schreiben zum Schulstreik 14

AUS DEN GREMIEN

Zur TV-L-Runde 15
 Erfolg: TH-Studis wehren Kürzungen ab! 16
 Integration ade? 18
 Fachgruppe Gesamtschule 19

RECHTLICHES

20

RHEIN-BERG

(Un-)Wert der Jugendarbeit 21
 Kontakt zum KV 24

GESELLSCHAFT

Mülheimer Brücke 25
 Quo vadis ÖPNV? 26

BILDUNGSPOLITIK

Schulwald Teil 2 28

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

30

GESELLSCHAFT

Linux statt Windows 32

FRIEDEN UND INTERNATIONALES

Solidarität mit Rojava 35
 Zu Besuch in Israel/Palästina Teil 2 36
 Einladung zur MV 40



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 1
 50672 Köln

Telefon 02 21 51 62 67
 Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de

E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Peter Heim und Ines Bartenstein

Konto: BBBank eG
 IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Titelseite: Sophie Landsiedel



Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204,
joerg.buschmann@gew-nrw.de

ERWACHSENENBILDUNG

Gernot Back
gernotback@gmx.de
Klaus Mautsch,
klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Eva Caspers
eva.caspers@gew-nrw.de
Nick Bauermeister
nick.bauermeister@gew-nrw.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693
thorsten@albersmann.koeln
Katja Nielsen, 0221-5506556
katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de
Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net
Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de
Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken
hakan.tuerken@gmx.net
Claudia Seidel,
claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Johannes Nilles
mail@johannesnilles.com
Sonja Gaedicke
sonjagaedicke@gmail.com
Sarah Karim
sarah.karim@gmx.de
Ulrike Wesch
ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647
katrin.reininghaus@gew-nrw.de
Karen Kiethe
karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,
timohemmesmann@gmx.de
Maren Bennemann,
maren.bennemann@gew-nrw.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter,
rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de
Nanny Gätzen-Stadter
Nanny.Gätzen-Stadter@t-online.de
0173-2847107
Maria Backhaus
mariabackhaus@netcologne.de
Thomas Martin
tom211007@web.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,
henning.m.frey@web.de
Julian Gürster
julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930,
bodo.busch@netcologne.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Till Struve
Marian Bäcker
jungegew-koeln@gew-nrw.de

LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder,
treder.silvia@gmail.com
Firdevs Sinemillioglu
firdevssinemilli@icloud.com

OFFENER GANZTAG

Marcel Wilmes
marcel.wilmes@gew-nrw.de

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki
T: 0221-684871
E-Mail: annrat@gmx.de
Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@gmail.com

Ludger Reiberg
ludger@reiberg.de

FRIEDEN & INTERNATIONALES

Peter Heim
peter.heim@posteo.de
0221-94658008
Christina Krautwurst
chrisy7@gmx.de
Jeden 2.Dienstag im Monat 17.30h

ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Katrin Leineweber
katrin.leineweber@googlemail.com
Elisabeth Sussiek-Sorajic
elisabeth.sussiek-sorajic@gew-nrw.de
Michael Pfennig
michael@pfennig.nrw



Nie wieder Wehrpflicht!

55 000 Schüler und Schülerinnen streiken bundesweit
// **Sophie Landsiedel, aktiv in der jungen GEW Köln**

Die Reichen wollen Krieg – Die Jugend eine Zukunft!“. Mit diesem und weiteren Sprüchen demonstrierten am 5. Dezember allein in Köln 1 300 Schülerinnen und Schüler gegen das am selben Tag im Bundestag verabschiedete „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“. Dieses sieht vor, dass allen ab 2008 geborenen, männlichen Jugendlichen einen Fragebogen zugesandt wird, den sie verpflichtend ausfüllen müssen – für weibliche Jugendliche bleibt das ganze erst einmal freiwillig. In diesem Fragebogen sollen sie sich dazu äußern, ob sie bereit dazu sind, den sechsmonatigen Wehrdienst zu leisten und Angaben zu ihrer gesundheitlichen Verfassung abgeben. Auch eine verpflichtende Musterung wurde für die männlichen Jugendlichen wiedereingeführt. Selbsternanntes Ziel der Bundesregierung ist, bis 2030 von rund 180 000 auf 260 000 aktive Soldaten und Soldatinnen aufzustocken. Allerdings stellte Boris Pistorius selbst bereits im Juni 2025 infrage, ob ein freiwilliges Modell langfristig für diese Ziele ausreiche. Damit ist das Gesetz mutmaßlich nur ein erster Schritt in Richtung einer Wehrpflicht.

Warum wurde gestreikt?

An dem Streik beteiligten sich Schülerinnen und Schüler von allen Schulformen, überwiegend allerdings aus der Oberstufe. Die Gründe für die Teilnahme waren verschieden, hatten aber eine ähnliche Stoßrichtung. Vielen war ein Anliegen, über ihre Zukunft selbst entscheiden zu können. Mit dem Spruch: „Zum Wählen zu jung, aber für Krieg reicht’s!“ skandalisierten

Teilnehmer*innen, dass der Jahrgang 2008 (und jünger) keine Möglichkeit hatte, auf die Verabschiedung des Gesetzes Einfluss zu nehmen – denn die Jugendlichen selbst wurden nie gefragt. An vielen Stellen wurde klar: Die Entscheidung kriegstüchtig werden zu wollen, wurde von den Politiker*innen getroffen, und: „Krieg ist nicht in unserem Interesse“.

Denn es seien eben nicht die Kinder der Politiker*innen oder des Rheinmetallchefs, die am Ende in den Schützengraben verbleiben würden, sondern die Schüler und Schülerinnen selbst, ihre Freund*innen und Geschwister.

Ebenfalls thematisiert wurde, dass die Politik sich seit Jahren nicht für die Zukunft der Jugendlichen einsetze. Es werde an der Eindämmung des Klimawandels, an Bildung und Schulen gespart und nun erwartet, dass man für dieses Land, welches sich nie für die Schülerinnen und Schüler eingesetzt habe, in den Krieg ziehe. Untermalt wurde diese Tendenz auch vor Ort in einigen Redebeiträgen. So berichtete eine Schülerin von der Lise-Meitner Gesamtschule Porz unter anderem von Ratten, welche durch die Schulen rennen oder einem kaputten Fenster,

„Ich finde, keine Jugendlichen sollten dafür sterben, dass irgendwelche Politiker Krieg mit unschuldigen Menschen führen wollen. Krieg führt zu nichts.“

(Franca & Tayo, 17)

welches nur mit Klebeband geflickt wurde, weil kein Geld da war es zu reparieren. Daran sei zu erkennen, wie viel die Schülerinnen und Schüler der Politik tatsächlich wert seien. Denn es seien eben nicht die Kinder der Politiker*innen oder des Rheinmetallchefs, die am Ende in den Schützengräben verbleiben würden, sondern die Schüler und Schülerinnen selbst, ihre Freund*innen und Geschwister.

Streiken, ein Grundrecht?

Auch wenn der Streik in der Bevölkerung auf viel Zustimmung traf, wurde an einigen Schulen das Bewerben des Streiks sowie die Teilnahme von Lehrkräften und Schulleitungen erschwert. So berichtete ein Schüler einer Kölner Schule, dass er, nachdem er im Schulgebäude Plakate verklebt und Flyer verteilt hatte, zur Schulleitung zitiert wurde. Daraufhin wurde jüngeren Schülerinnen und Schülern erzählt, der Streik würde nicht stattfinden und sie sollten die Plakate wieder abreißen. An einer anderen Schule wurde der Schülervertretung durch die Schulleitung verboten, auf Instagram über den Streik

An einer Schule wurde der Schülervertretung durch die Schulleitung verboten, auf Instagram über den Streik zu informieren. Die Schülerinnen und Schüler wurden eingeschüchert, sodass sich viele nicht trauten am Streik teilzunehmen.

zu informieren und die Schülerinnen und Schüler eingeschüchert, sodass sich viele nicht trauten am Streik teilzunehmen. Dass das Teilnehmen an einer Demonstration, um für die eigenen Rechte einzustehen, zur politischen Erziehung beitragen und als Beteiligung an unserer Demokratie gewertet werden kann, wurde anscheinend dabei nicht bedacht.

Wie geht es weiter?

Der Schulstreik im Dezember ist nur der Anfang gewesen. Die Bewegung ist sich einig, dass der Kampf gegen die Wehrpflicht auch trotz des verabschiedeten Gesetzes weitergeführt werden muss. Dafür wurde bereits der nächste Streiktermin am 05. März bekanntgegeben. Möchte man die Schülerinnen und Schüler bei ihrem Kampf für ein selbstbestimmtes Leben in Frieden unterstützen, ist es ratsam keine Klausuren auf diesen Termin zu legen, um ihnen die Teilnahme zu erleichtern. Denn am Ende des Tages betrifft die Wehrpflicht nicht nur die Jahrgänge ab 2008, sondern die gesamte Gesellschaft. In diesem Jahr sollen allein ca. 93





Am Ende des Tages betrifft die Wehrpflicht nicht nur die Jahrgänge ab 2008, sondern die gesamte Gesellschaft. In diesem Jahr sollen allein ca. 93 Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben werden, während für Bildung und Kultur nur ca. 30 Milliarden eingeplant sind.

Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben werden, während für Bildung und Kultur nur ca. 30 Milliarden eingeplant sind. Währenddessen spricht sich das Bundesinnenministerium für mehr „Zivilschutzübungen“ an Schulen aus, da es wichtig sei, junge Menschen auf einen Kriegsfall vorzubereiten und Krankenhäuser wie beispielsweise das Klinikum Köln-Merheim sollen für den Kriegs- und Katastrophenfall umgebaut werden. All diese Entwicklungen zeigen, dass das beschlossene „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“ im Kontext einer allgemeinen Kriegsvorbereitung zu betrachten ist. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler auch beim kommenden Streik unsere Unterstützung erfahren, damit sie merken, dass sie mit ihrem Anliegen nicht allein sind.



„Unsere Generation kämpft schon genug: mit Armut, mit Lehrkräftemangel, mit kaputten Schulen, mit Zukunftsängsten, mit psychischem Druck, mit Ungleichheit.“

(Neela, 18)



<https://heyzine.com/flip-book/993d1a568f.html#page/1>

Wachstumsversprechen durch Rüstungsausgaben?

Eine kritische Bestandsaufnahme // **Gabriele Heller, AG Frieden der GEW Berlin**

Aufrüstung sei ein sicherheitspolitisches Gebot, hören wir oft vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges. Noch stärker ist die Zustimmung zu einem anderen Argument: Höhere staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern schaffe einen ökonomischen Wachstumsimpuls. Dahinter steckt die wirtschaftspolitische Strategie eines Militärkeynesianismus, bei der schuldenfinanzierte, staatliche Rüstungsinvestitionen die Konjunktur ankurbeln und Arbeitslosigkeit bekämpfen soll. Angesichts der gegenwärtigen Rezession könne die Rüstung auch „eine wirtschaftliche und technologische Chance“ darstellen¹. Das meinen oft auch jene, die der Aufrüstung kritisch gegenüberstehen. Erreicht man über den Weg der staatlichen Rüstungsinvestitionen tatsächlich Wirtschaftswachstum, wird dadurch zugleich der Spielraum für zukünftige Sozial- und Bildungsausgaben geschaffen. Umso mehr sollten Gewerkschaften deren Plausibilität kritisch überprüfen.

Fiskalmultiplikator

In der Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Auswirkungen öffentlicher Militärausgaben bildet der Fiskalmultiplikator die zentrale Größe. Er gibt an, wie stark das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt oder fällt, wenn der Staat seine Ausgaben verändert. Die Ökonomen Tom Krebs und Patrick Kacmarczyk ermitteln aktuell einen Wert von höchstens 0,5 – möglicherweise sogar nahe

Null – für Rüstungsausgaben². Konkret: Jeder investierte Euro erzeugt allenfalls 50 Cent zusätzliche Wirtschaftsleistung, vielleicht auch gar keine. Die Ursache dafür: Rüstungsgüter zählen zu den unreproduktiven Industriegütern. Ein einfacher Vergleich macht es deutlich. Die Produktion eines Panzers benötigt ähnlich hohe Ressourcen und Fachkräfte wie die einer Lokomotive³. Der Panzer bleibt anschließend hoffentlich in seiner Abstellhalle, während die Zugmaschine Güter und Personen transportieren wird und damit zu neuer Produktivität und neuen Steuereinnahmen beiträgt.

Zum Vergleich: Investitionen in die öffentliche zivile Infrastruktur erreichen einen viermal höheren Fiskalmultiplikator, nämlich 2. Bei Ausgaben für Bildung und Betreuung errechneten die beiden Wissenschaftler gar den Multiplikator 3 und damit das Sechsfache.

Investitionen in die öffentliche zivile Infrastruktur bringen das Vierfache, staatliche Ausgaben für Bildung und Betreuung sogar das Sechsfache dessen, was Rüstungsausgaben für die Entwicklung des BIP bewirken.



Inflationsgefahr und Jobmotor?

Aber nicht nur die geringen Werte des Fiskalmultiplikators stellen das Versprechen des Militärkeynesianismus in Frage. Die geplanten umfangreichen Rüstungsinvestitionen treiben die Nachfrage nach Rohstoffen und Fachkräften in die Höhe, was Preise steigen lässt. Wenn sich durch die Knappheit des Angebots die Materialpreise erhöhen, kann das zu einer Inflation führen. Davor warnt auch die EZB-Chefin Christine Lagarde auf Anfrage des EU-Abgeordneten Fabio De Masi⁴. Zugleich gerät der zivile Sektor ins Hintertreffen, da er in der Konkurrenz um Materialien und Fachkräfte nicht mithalten kann und leer ausgeht. Durch die einseitigen Rüstungsinvestitionen kommt es zu einem Verdrängungswettbewerb zulasten notwendiger Investitionen in Klimaschutz, in Bildung, gute Gesundheitsversorgung und in leistbaren Wohnraum.

Der Verlust an Arbeitsplätzen bedeutet immer auch eine Schwächung der Gewerkschaften. Das Arbeitsplatzargument wird deshalb leicht zum Erpressungsinstrument. Aber kann der Rüstungssektor zum Jobmotor werden? Ein quantitativer Vergleich weist in eine andere Richtung: Staatliche Investitionen in die Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Pflege oder klimafreundliche Infrastruktur erzeugen einen zwei- bis dreimal so hohen Beschäftigungseffekt⁵.

CO2-Belastung nimmt zu, grüner Keynesianismus zu gering

Die Novellierung der Schuldenbremse setzt einseitig auf die Erhöhung der Rüstungsausgaben. Damit wird ein Sektor dauersubventioniert, der für seinen enormen CO₂-Ausstoß bekannt ist. Vom Investitionsfond von 500 Milliarden für die nächsten 12 Jahre sollen zwar 100 Milliarden in die grüne Technologie fließen. Mit 8,33 Milliarden pro Jahr ist das aber viel zu wenig, um einen Übergang zu einer klimafreundlichen, nachhaltigen Wirtschaft zu erreichen. Mit dem Beschluss für massive Militärausgaben werden die Investitionen in einen ambitionierten Klima-

Keynesianismus

Die auf den US-Ökonomen John Maynard Keynes (1883-1946) zurückgehende Theorie, wonach der Staat durch (kreditfinanzierte) Investitionen die Konjunktur zu beleben hat.

schutz an den Rand gedrängt⁶. Ohne ausreichende staatliche Subventionen reduzieren sich die Maßnahmen für Klimaschutz in der Hauptsache auf CO₂-Bepreisung und Regulierung. Die Bürde des Fossilausstiegs tragen also einseitig Unternehmen und Privatpersonen. Damit wird der klimagerechte Umbau noch mehr an Zustimmung verlieren und die Vorbehalte werden noch stärker.

Hohe Stückzahlen

Ein hoher Anteil staatlicher Aufträge geht an amerikanische Unternehmen. Inländische Positiveffekte reduzieren sich dadurch. Laut dem EU-Weißbuch sollen deshalb bis 2030 Milliardeninvestitionen fließen, um den Marktanteil europäischer Rüstung von 20 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen. Doch aufgrund geringer Stückzahlen kann die europäische Produktion oft nicht mit amerikanischen Konkurrenten mithalten. Um profitabel zu werden, müssen sich die Stückzahlen erhöhen. Europäische Beschaffungsmengen allein reichen dafür nicht aus.

Es entstehen Überkapazitäten und wirtschaftlicher Effizienzdruck treibt die Branche dazu, auch Absatzmärkte im Ausland zu erschließen. Mit zunehmenden Rüstungsexporten steigen jedoch die Gefahren einer schnelleren Eskalation von Konflikten. Eine Verlängerung von Kriegen und weitere Zerstörung von Lebensgrundlagen droht.

Korruption und Übergewinne

Da der Wettbewerb unter Rüstungsherstellern gering und die Vergabeverfahren oft intransparent sind, führen erhöhte Ausgaben schon heute zu Korruption und Übergewinnen. T. Krebs und P. Kaczmarczyk erklären, dass die zusätzlichen staatlichen Rüstungsausgaben kaum die Produktion steigern, da die Kapazitäten bereits ausgelastet sind. Stattdessen landen sie „hauptsächlich als höhere Dividendenzahlungen in den Taschen der Eigentümer der Rüstungsunternehmen.“⁷

Dauerhafte Strukturen zur Kontrolle fehlen, um intransparente Netzwerke zwischen Rüstungsindustrie und Politik zu verhindern. Wir drohen nicht nur wirtschaftliche Investitionsspielräume im zivilen Sektor zu verlieren, sondern setzen uns auch unkontrolliertem Lobbyeinfluss aus.

Enge Verflechtungen zwischen Rüstungsindustrie, Politik, Mainstreammedien und Bundeswehr drohen sich zum militärischen-industriellen-publizistischen Komplex zu verdichten.

Fazit

Selbst wenn man rein ökonomisch argumentiert und ethische Fragen außer Acht lässt, bleibt der Schluss: Staatliche Investitionen im Sinne eines Rüstungskeynesianismus sichern unseren Lebensstandard nicht dauerhaft. Höchstens kurzfristige Effekte sind zu erwarten. Durch das jetzige Aussetzen der Schuldenbremse für Militärausgaben wird der Zusammenhang von Aufrüstung und Abbau des Sozialstaats verschleiert. Denn Aufrüstung auf Kredit lässt sich nicht endlos fortsetzen. Schon die Zinstilgung für das Rüstungsdarlehen muss aus dem regulären Haushalt, der weiterhin unter dem Schuldendiktat steht, aufgebracht werden. Die Hochrüstung Deutschlands zur stärksten Armee Europas wie Bundeskanzler Merz angekündigt hat, macht uns ärmer!⁸ „Kanonen“ und „Butter“ sind nicht in Einklang zu bringen. Die wiederholten Angriffe auf Bürgergeld, Acht-Stunden-Tag, auf Aussetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auf die soziale Infrastruktur wie Jugend- und Eingliederungshilfe, Integrationskurse oder diverse Beratungsstellen werden zunehmen. Auch im Bereich der Bildung und Kultur scheut man vor Kürzungen nicht zurück. Eine Sicherung gewerkschaftlicher Errungenschaften wird nur unter friedlichen Bedingungen möglich sein. Gewerkschaftliches Engagement kann sich deshalb nicht auf Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränken, sondern muss auch die Fragen von Krieg und Frieden umfassen. Hat Aufrüstung Konjunktur, trägt die Lasten vor allem die arbeitende Bevölkerung.

Zitat 1: Katherina Reiche, Wirtschaftsministerin in: <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Reiche-wuerde-Ruestungsfirmae-aus-Transformationsfonds-foerdern-article26002515.html>

Zitat 2: Patrick Kaczmarczyk, Tom Krebs: Höhere Militärausgaben werden die deutsche Wirtschaft kaum beleben, in *Surplus*, 19. Juli 2025

Zitat 3: Wolfgang Edelmüller: Europas Rüstung und ihre wirtschaftlichen Folgen, in *Makroskop*, 21. Mai 2025

Zitat 4: Ralph Schmeller: EZB zerlegt EU-Narrativ: Aufrüstung bringt kaum Wachstum, in *Berliner Zeitung*, 16. Dezember 2025

Zitat 5: Heike Dierbach: Ausgaben für Rüstung statt Soziales bringen wenig wirtschaftlichen Nutzen, *Greenpeace-Studie*, 8. Dezember 2023

Zitat 6: Isabella Weber und Tom Krebs: Der Militärkeynesianismus schadet der Klimawende, in *Surplus*, 13. März 2025

Zitat 7: siehe 2

Zitat 8: Ralf Krämer in: *Gewerkschaften in der Zeitenwende*, Ulrike Eifler (Hg.), vsa-Verlag, 2025, S. 37



Auf- oder Abrüsten?

Wie sollen wir uns positionieren, wenn alle Welt nur noch vom Krieg spricht? Was können wir tun, wenn Massenmord zum Mittel der Politik geworden ist? Und: Wie sprechen wir darüber mit den jungen Menschen in Kita, Schule, Hochschule, VHS? // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion**

In einem Pausengespräch mit einem Kollegen, der acht Jahre bei der Bundeswehr war und auch an Auslandseinsätzen teilgenommen hat, erklärt mir dieser: „In meiner Zeit beim Militär wurde es Schritt für Schritt immer akuter. Der alte Ost-West-Konflikt war zwar beendet und alles schien auf Entspannung hinauszulaufen. Doch dann kamen die Auslandseinsätze, die als »friedensbringende« und »friedenssichernde« Maßnahmen bezeichnet wurden.“

Inwieweit diese Militäreinsätze zu „peacebuilding“ und „peacekeeping“ beigetragen haben, zeigt die Situation in einigen Ländern und Regionen, in die es u.a. ging: Mittelmeer und Persischer Golf (1990/-91; 2. Irak-Krieg), Somalia (1993/-95), Äthiopien/Eritrea (2000/-08), Afghanistan (2001/-21), Kongo (2006), Mali (2013/-23). Ist dort der Frieden eingezogen oder bewahrt worden?

Was Krieg bedeutet

Wenn Politiker*innen sich im Parlament ans Redepult stellen und davon sprechen, dass

wir zunehmend der Gefahr von außen ausgesetzt sind, dann mag das plausibel klingen. Schließlich werden die meisten von uns an nichts Gutes denken, wenn wir Putin, Trump oder Xi Jinping in den Nachrichten sehen.

Doch was Krieg bedeutet, ist (zum Glück!) den wenigsten von uns klar. Der oben bereits zitierte Kollege beschreibt es aus eigener Erfahrung: „Nach deiner aktiven Zeit bei der Bundeswehr wirst du Reser-

vist, kannst nötigenfalls eingezogen werden. Ich habe dann den Kriegsdienst verweigert und meinen Antrag glücklicherweise durchbekommen. Du willst nicht in den Krieg! - Nicht in diese Kriege, die mit summenenden Mordmaschinen geführt werden. Diese Drohnen sind einfach teuflisch!“

Seit 1992 zählt man 119 in Auslandseinsätzen ums Leben gekommene Bundeswehrsoldaten (davon über zwei Dutzend Fälle von Selbstmord).

Diplomatie wird zum Unwort!

Es scheint, als seien Begriffe wie Abrüstung oder Diplomatie zu Wörtern geworden, von denen nicht mehr gesprochen werden darf. Doch sollte es nicht genau hierum gehen? - Um die Frage, wie Verständigung zwischen den Völkern erreicht werden kann? Es gibt so viele Probleme, die in alloseitigem Einvernehmen und mit dem Mittel der gegenseitigen Unterstützung gelöst werden müssen: von der dringenden Eindämmung des Klimawandels über die mit Sicherheit bevorstehenden weiteren immensen Schäden auf-

„Eine vernünftige Erklärung dafür, warum Länder und Völker gegeneinander Krieg führen sollten, gibt es nicht und kann es nicht geben.“

Leo Tolstoi, Autor von „Krieg und Frieden“

grund des bereits erzeugten Klimawandels bis hin zu den zunehmend ungleicheren Lebensverhältnissen in Folge der Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben.

Keine Mutter, kein Vater kann erfreut darüber sein, wenn das eigene Kind im Militäreinsatz die Kinder anderer Mütter und Väter erschießt. Jeder Mensch kann von Glück sagen, wenn Familienangehörige heile von solchen Einsätzen zurückkommen. Muss folglich nicht alles, wirklich alles daran gesetzt werden, kriegerische Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen?

Auf den Demos gegen die Wiedereinführung des Militärdienstes, an denen im Dezember letzten Jahres in ganz Deutschland über 50.000 Schüler*innen teilgenommen haben, äußerten viele, dass sie nicht die Waffe für ein System in die Hand nehmen wollen, das ihnen bisher so wenig zu bieten hatte.

Da ist noch etwas jenseits von militärischer Eskalation und pazifistischer Kapitulation!

Will man ein Problem verstehen, sollte man bis an die Wurzel desselben gehen. Es sind nicht die bösen, alten, weißen Männer, die Trumps und Putins dieser Welt, die einfach nur kriegslüstern sind. Das ist nur die Oberfläche. Diese Typen von Menschen sind nur der Ausdruck einer Konkurrenz, die der überwältigenden Mehrheit rein gar nichts bringt (im Gegenteil!). Und der Krieg ist die Fortsetzung dieses Konkurrenzkampfes mit militärischen Mitteln.

Die Welt soll neu aufgeteilt werden, weil man buchstäblich an die Grenzen der bisherigen Rohstoff- und Absatzmärkte gekommen ist. Die grenzenlose Kapitalvermehrung in einer begrenzten Welt führt letztlich und immer wieder aufs Neue in den Krieg. Dass den Bevölkerungen der einzelnen Länder Krieg wieder und wieder damit erklärt wird, man habe wahlweise die Demokratie, die Freiheit, die Heimat oder ähnliches zu verteidigen, ist so alt wie ...

Selbst Diktatoren wie Hitler mussten den Menschen einen Anlass herbeilügen, um den Zweiten Weltkrieg beginnen zu können (Stichwort: Sender Gleiwitz). Wilhelm II. konstruierte den Ersten Weltkrieg als Verteidigung gegen eine Einkreisung durch feindliche Mächte. Abgesehen davon sei Deutschland immer zu kurz gekommen, wenn es darum ging, die Welt unter den Großmächten aufzuteilen. Vier Jahre lang befahl er seinen Soldaten, gegen die seiner Cousins ins Felde zu ziehen.



Deserteurdenkmal am Kölner Appellhofplatz (NS-dok im Hintergrund) würdigt in Form einer Pergola des Schweizer Designers Ruedi Baur Desertierte und Kriegsgegner*innen.

Doch die „einfachen Leute“ ticken anders. Wozu der Ukrainekrieg auch geführt hat, ist eine der größten Auswanderungswellen aus Russland. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu einer Million russische Staatsbürger aus Sorge vor der Einberufung zur Armee ins Exil gegangen sind.

Diese Menschen wollen keine ukrainischen Soldaten erschießen, noch von diesen erschossen werden! Sie könnten „der Westen“ willkommen heißen. Ihre Hauptziele sind jedoch Nachbarstaaten Russlands. Eine Aufforderung zum Desertieren hat noch kein*e führende*r Politiker*in eines NATO-Mitgliedslandes von sich gegeben.

Es könnte ja dazu führen, dass die Zweifel auch der eigenen Rekrut*innen zunehmen.

Antikriegskräfte in jedem Land stärken!

Anstatt die Menschen in anderen Ländern zu dämonisieren, sollten die Opfer und ihre Familien in den Vordergrund der Berichterstattung treten. Zeigt doch die Toten und Verstümmelten! Zeigt die Trauernden und Hinterbliebenen! Alle Eltern dieser Welt weinen um ihre getöteten Kinder. Für viel zu viele Menschen ist das Leben hart genug (und wird immer härter!). Tun wir alles dafür, dass das Leben nicht auch noch durch Waffengewalt bedroht wird!

... jeder Krieg birgt gewissermaßen einen neuen in seinen Falten.

August Bebel, Mitbegründer der Sozialdemokratie

Eine entscheidende Rolle beim Thema Krieg und Frieden spielen die Gewerkschaften. Hier sind diejenigen organisiert, die kein Interesse am Krieg haben, weil sie potentielle Kriegsopfer sind. Hier finden sich diejenigen wieder, deren Kinder oder die selbst eingezogen werden. Hier kann kollektiver Widerstand gegen Krieg und Solidarität mit Kolleginnen und Kollegen über Ländergrenzen hinweg organisiert werden.

Hommage den Soldat*innen, die sich weigern!

„Hommage den Soldaten die sich weigerten zu schießen auf die Soldaten die sich weigerten zu schießen auf die Soldaten die sich weigerten zu schießen auf die Menschen die sich weigerten zu töten die Menschen die sich weigerten zu töten die Menschen die sich weigerten zu foltern die Menschen die sich weigerten zu foltern die Menschen die sich weigerten zu denunzieren die Menschen die sich weigerten zu denunzieren die Menschen die sich weigerten zu brutalisieren die Menschen die sich weigerten zu brutalisieren die Menschen die sich weigerten zu diskriminieren die Menschen die sich weigerten zu diskriminieren die Menschen die sich weigerten auszulachen die Menschen die sich weigerten zu diskriminieren den Menschen der Solidarität und Zivilcourage zeigte als die Mehrheit schwieg und folgte...“ (Inscription des Kölner Deserteurdenkmals, Appellhofplatz, Ecke Burgmauer / Neven-Du-Mont-Straße)

Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen. Man hat ja noch niemals alle Schulen und alle Kirchen, alle Kinos und alle Zeitungen für die Propaganda, des Krieges gesperrt.

[...]

Kurt Tucholsky, Herausgeber von „Deutschland, Deutschland über alles“

„Bürgerkriegsähnliche Zustände“

Demonstration Rheinmetall entwaffnen – ein Augenzeugenbericht
// **Beate Bongard, Mitglied der GEW Köln**

Seit mehr als 50 Jahren bin ich Mitglied in der GEW und habe in diesen Jahrzehnten an unzähligen Demonstrationen teilgenommen.

„In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix“ habe ich schon als junge Lehramtsanwärterin skandiert und diese Parole hat in 50 Jahren nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

Im Gegensatz zu manchen Weggefährten, die sich seit der sogenannten „Zeitenwende“ von ihren früheren friedenspolitischen Aktivitäten distanzieren, bin ich immer noch dabei.

So auch am 30.8. dieses Jahres bei der Demonstration zum Anti-kriegstag mit dem Motto: „Rheinmetall entwaffnen!“

Treffpunkt war der Heumarkt. Da ich im Süden von Köln wohne, bin ich zum Chlodwigplatz geradelt, um dort auf das Eintreffen des Demonstrationzugs zu warten. Schon auf dem

Weg dorthin fielen mir einige Mannschaftswagen der Polizei auf, die quer auf dem Ubierring standen. Da war ich noch naiv genug anzunehmen, dass sie die Demonstrantinnen und Demonstranten sicher zum Chlodwigplatz bringen wollten!

Wessen Freund, wessen Helfer?

Die kamen aber nicht. Es vergingen zwei Stunden, drei Stunden - nichts geschah. So langsam sickerten Nachrichten durch:

Die Polizei habe die Demonstration aufgehalten, fand immer neue Vorwände wie Verstöße gegen das Vermummungsverbot, das Mitführen von Stangen, die eigentlich

dem Befestigen von Transparenten dienen sollten, aber hier als Schlagstöcke gewertet wurden usw... Einzelne Demonstrationsteilnehmer, die es zum Chlodwigplatz geschafft hatten, berichteten, dass der Demonstrationzug immer wieder kontrolliert und aufgehalten wurde.

Was „Zeitenwende“ bedeutet...

Um 18 Uhr!!! – die Demo sollte um 13 Uhr beginnen! – sickerte die Nachricht durch, dass die Demonstrationsteilnehmer am Schokoladenmuseum aufgehalten werden.

rechts an den Demonstranten vorbei. Weinende Menschen mit roten Augen saßen auf den Gehsteigen der engen Mechtildisstraße und wurden notdürftig medizinisch versorgt. Mich überkam ein ständiger Hustenreiz, bis ich begriff, dass Tränengas und Pfefferspray eingesetzt wurden. Dieses entfesselte Vorgehen der Polizei, das mich an bürgerkriegsähnliche Zustände erinnerte, sollte wohl die Rache für das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster sein, das das beantragte Verbot dieser Kundgebung aufgehoben hatte.

Zutiefst schockiert machte ich mich auf den Heimweg und dachte lange darüber nach, was so ein Polizeieinsatz für die Meinungsfreiheit in unserem Land bedeutet: Zeitenwende auch hier!

Vermummung hilft?

Aus der Presse erfuhr ich in den nächsten Tagen, dass es 147 durch die Polizei Verletzte gegeben hat. Vermutlich wäre über diese Exzesse nichts berichtet worden, wenn nicht die Abgeordnete Lisa Schubert von der Partei Die Linke als parlamentarische Beobachterin anwesend gewesen wäre, die diesen Skandal öffentlich gemacht hat. Das hat dazu geführt, dass die Polizei Strafantrag gegen sich selbst stellen musste.

Wie zu erwarten war, wurde das Strafverfahren gegen einen Polizisten bereits eingestellt (Kölner Stadtanzeiger vom 1.11.25). Der Beschuldigte konnte nicht ermittelt werden!!!



Symbolillustration

Ich entschloss mich, den Demonstrierenden auf dem Fahrrad entgegenzukommen.

Was ich dort sah, habe ich in all den Jahren, in denen ich an Demos teilgenommen habe, noch nicht erlebt! Schwarz gekleidete Stoßtrupps der Polizei stürmten mit herunter geklappten Schutzhelmen links und

Friedensbildung statt Kriegstüchtigkeit!

Bündnis aus Lehrenden, Lernenden, Gewerkschaften und Friedensbewegung nimmt die Sache selbst in die Hand // **Stefan Brackertz, AK Frieden & Internationales**

Initiiert durch die GEW Köln riefen knapp 20 Organisationen – GEW- und ver.di-Jugend, GEW-Stadtverbände, Schüler*innenvertretungen, Hochschulgruppen, DIDF-Jugend, DFG-VK und Kölner Friedensforum zu einer Demo am 13.9.2025 auf. Kernthemen waren der Zusammenhang zwischen den Kürzungen im Bildungswesen und die Frage, was wir eigentlich für eine friedensfähige Gesellschaft in der Hand haben.

Rolle des Kölner GEW AK Frieden/ Internationales

Auf Initiative des Arbeitskreises Frieden und Internationales unseres Stadtverbandes hat die Kölner GEW inhaltlich und in der Bündniskonstellation mit der Demo an den GegenWEHR-Kongress vom vergangenen Februar angeknüpft. In der Zwischenzeit hatte sich die neue Bundesregierung konstituiert und keinen Zweifel daran gelassen, dass jegliche Sozialpartnerschaft von oben aufgekündigt ist: „Mit Sozialleistungen und mit Bildung lässt sich dieses Land nicht verteidigen“, so Boris Pistorius im Mai in der Zeit (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-05/boris-pistorius-donald-trump-ukraine-russland-sanktionen>).

An diesem Konflikt vorbei und surreal bezugslos lief bereits der Kommunalwahlkampf an, als wir uns entschieden, die Demo auf den Höhepunkt dieses Kommunalwahlkampfes zu legen, obwohl der in die Semesterferien fiel und nur kurz nach den Sommerferien lag. Gleichzeitig wollten wir auch Maßstäbe für die Tarifrunde im Winter setzen, denn „Guter Lohn für gute Bildung“ ist zwar eine richtige Forderung, nur keine Antwort auf Pistorius. Tatsächlich ist Letzteres auch ein Stück weit gelungen, etwa mit dem Hochschulaktionstag am 28.1. oder der fulminanten Rede eines 14-Jährigen gegen die Wehrpflicht beim ver.di-Jugendstreik in Düsseldorf am Tag darauf.

Auch angesichts des Termins war die Demo mit rund 140 Teilnehmer*innen nicht riesig, dafür aber umso lebendiger und strahlender: Fast niemand hat einfach nur teilgenommen; fast alle waren in die Gestaltung involviert – beim gemeinsamen Transpimalen im Vorfeld, mit sehr persönlichen Reels zum Demoaufruf, mit Kulturbeiträgen und Reden fast aller Bündnispartner*innen. Ein Schwerpunkt der Reden lag dabei darauf, der Frage nachzugehen, was es heißt, die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur am



Wochenende in die Hand zu nehmen, sondern mit der eigenen Bildungsarbeit – als Azubis, als Lehrer*innen, als Studierende, Schüler*innen und Hochschuldozierende.

Den Kommunalwahlkampf und den Einkaufssamstag aufmischen

Die Demo startete mit einer Auftaktkundgebung am Gewerkschaftshaus, bei der es vor allem darum ging, sich an Hand analytischer Redebeiträge und guter Musik von Studierenden der Musikhochschule zu sortieren: Nicht auf Appelle und Forderungen an die Regierenden, dass sie ein bisschen besser regieren mögen, kommt es an, sondern darauf, die Instrumentalisierung der Bildung und der Bildungseinrichtungen für die Kriege der Herrschenden unmöglich zu machen, indem wir selbst das Gegenteil hervorbringen: Aufklärung gegen Kriegslügen, Völkerverständigung gegen die Dämonisierung, die Realisierung der Sustainable Developments der Vereinten Nationen gegen die Ausrichtung Bildung und Wissenschaft nach der Geopolitik der NATO.

Von da aus ging es zum Rudolfplatz, um mit kämpferischen Reden und Musik von Hannes Wader die Shopping-Crowd herauszufordern. Von da aus ging es etwas langsamer die Aachener Straße entlang. – Langsamer deshalb, weil wir währenddessen Flyer an die Menschen in den Straßencafés verteilt und mit ihnen in die Diskussion gekommen sind. Diese Aktion, an der sich über 100 Leu-

te beteiligt haben, stieß auf großes Interesse der Umstehenden und -sitzenden; insbesondere bei denen, die sich vielleicht nicht einen Kaffee für 4,80€ leisten können und dennoch in der Stadt unterwegs waren, waren die Reaktionen besonders herzlich.

Nach einer spontanen Rede vom Demowagen an einem Wahlkampfstand der Grünen am Brüsseler Platz ging es für die Abschlusskundgebung und eine Lesung aus dem Roman „Heißer Sommer“ zurück zum Gewerkschaftshaus. Geplant war dort noch, dass alle Bündnispartner Infotische machen. – Das war etwas sparsam, stattdessen fand aber spontan im Anschluss an die Demo das Gründungstreffen des Kölner Jugendbündnisses „Nein zur Wehrpflicht“ statt, das einen Teil der Proteste Anfang Dezember getragen hat und am 5.3. wiederum voraussichtlich gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Friedensbewegung den Schulstreik gegen die Wehrpflicht in Köln organisieren wird.



Auf der Webseite des Kölner Friedensforums sind einige Fotos und Reden von der Demo dokumentiert und die Reels zur Demo verlinkt: <https://koelnerfriedensforum.org/publikationen/downloads/#13-9-2025>

Wir dokumentieren: Anlässlich des zweiten Schulstreiks wendete sich der Geschäftsführende Vorstand (GfV) unseres Kölner GEW-Stadtverbands an die Schulleitungen und Lehrkräfte:



Demonstration 5.3.2026

// **GESCHÄFTSFÜHRENDE VORSTAND** //

Köln, 11.02.2026

Schüler*innenstreik gegen Wehrpflicht am 5. März 2026

Liebe Kolleg*innen,

am 5. März wollen viele Schüler*innen den Schulbesuch bestreiken und stattdessen an einer öffentlichen Kundgebung und Demonstration in Köln und bundesweit gegen eine langfristig drohende allgemeine Wehrpflicht* und sonstiger Pflichtdienste teilnehmen.

Als Lehrer*innen und pädagogische Fachkräfte in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Stadtverband Köln unterstützen wir grundsätzlich dieses Anliegen der uns anvertrauten jungen Menschen, von denen sehr viele noch unter 18 Jahre sind. Dabei berufen wir uns auch auf Beschlüsse der GEW zum Thema.**

Wir bitten Euch und werden selbst alles tun, um ihnen eine Teilnahme an dieser Veranstaltung zu ermöglichen bzw. sie nicht unnötig zu erschweren.

Dazu haben wir verschiedene Möglichkeiten - Beispiele: Es werden keine Klassenarbeiten oder Klausuren oder andere Prüfungen an diesem Tag durchgeführt. Oder das Anliegen der Veranstalter*innen wird zum Unterrichts- oder Projektthema gemacht und im Rahmen eines Unterrichtsganges vertieft.

Durch die Bewegung der "fridays for future" in den vergangenen Jahren liegen diverse Erfahrungen vor, die hier im Rahmen der schulgesetzlichen Möglichkeiten wieder nutzbar gemacht werden können.

Wir appellieren auch an die Schulleitungen, hier großzügige Möglichkeiten einzuräumen.

GEWERKSCHAFTLICHE GRÜßE
Geschäftsführende Vorstand (GfV) der GEW Köln

* Im Kern geht es ihnen darum, dass

1. ihr demokratisches Mitwirkungsrecht im Zuge der neuen Gesetzgebung zur Wehrpflicht missachtet wurde und
2. sie im Laufe der kommenden Jahre zu einer Selbstauskunft, ggf. zu einer Musterung und (bei Aufhebung der Aussetzung der Wehrpflicht, auch zu einem Wehrdienst, gezwungen werden könnten, ggf. nach einer wieder eingeführten erfolglosen Gewissensprüfung. In Diskussion ist auch, dies im Zusammenhang mit einem – jugendliche Männer und Frauen betreffenden – „allgemeinen Pflicht-/Zwangsdienst“ zu stellen. Auch das wird von sehr vielen Jugendlichen entschieden abgelehnt (im Gegensatz zu den bestehenden Möglichkeiten von Freiwilligendiensten).

** Beschlusslage 30. Gewerkschaftstag, Mai 2025

BESCHLUSS 1.13. <https://www.gew.de/positionen/beschluesse-2025>

Die GEW setzt sich gegen eine weitere Militarisierung der Bildung und der Gesellschaft ein. Sie lehnt jede Form der Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Wehrerfassung grundsätzlich ab und positioniert sich gegen sonstige verpflichtende Ersatzdienste. Die GEW beteiligt sich in diesem Sinne an Aktionen und Aktivitäten gegen die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und sucht die Mitarbeit in Bündnissen gegen die Wehrpflicht.

Mit 7 Prozent sind wir rein, mit 1,94 Prozent sind wir raus!

Gedanken zum Verhandlungsergebnis der TV-L-Runde 2026 // **Thomas Martin, Mitglied des Ausschuss angestellte Lehrkräfte der GEW Köln**

Der vor einigen Wochen neu abgeschlossene Tarifvertrag für die Angestellten der Länder (TV-L) soll rückwirkend gelten von November 2025 bis Januar 2028 (Laufzeit: 27 Monate). Unsere Gewerkschaften (ver.di, GdP, GEW und die dbb-Verbände) hatten ein Lohnplus von 7 Prozent bei einer Laufzeit von einem Jahr gefordert. Jetzt soll es 5,8 Prozent geben verteilt auf zwei Jahre und drei Monate.

Modellrechnung

Doch beginnen wir mit einer Modellberechnung. Bei einem Ausgangsgehalt i.H.v. 3.400 € (EG13 – netto) sieht es folgendermaßen aus:

Prozent	Monate x monatliche Steigerung in €	Summe Steigerung in € (Grundlage: EG 13/3.400 €)	Zeitraum
0,0	5 x 0,00	0,00	11/25 bis Ende 3/26
2,8	11 x 95,20	1.047,20	4/26 bis Ende 2/27
2,0	10 x 69,90	699,00	3/27 bis Ende 12/27
1,0	1 x 35,65	35,65	1/28
Summe	27	1.781,85	11/25 bis Ende 1/28

Hinweis:

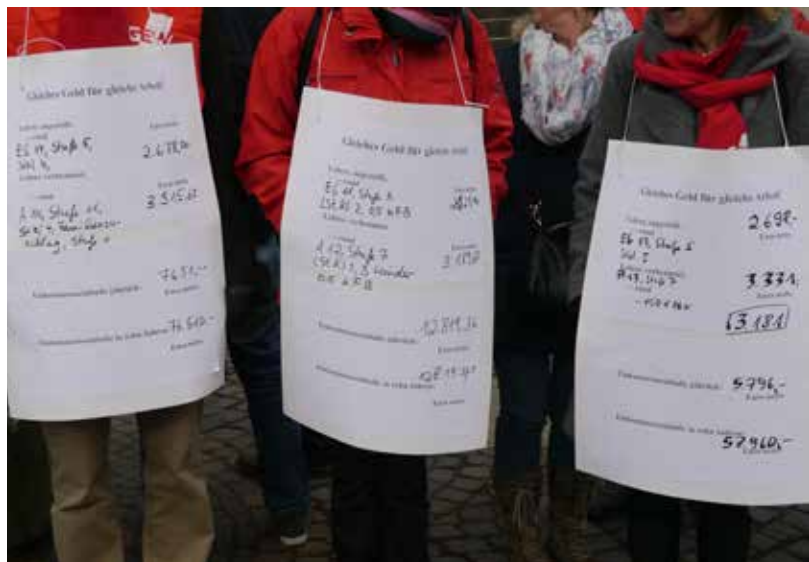
Wenn ab dem ersten Laufzeit-Monat (01.11.25) der Anstieg von 2,8 % gezahlt würde (16x 95,20= 1.523,20 €), wäre der über die Laufzeit von 27 Monaten kumulierte Anstieg um 476,- € höher, d.h. anstatt 1.781,85 € wären es 2.257,85 €.

Der Anstieg des Gehalts im Bereich des letzten Monats (die 5,8%-Stufe ab/bis 01.01-31.01.28) ist in beiden Fällen der Betrachtung „gleich“ und zwar von 3.400 € auf 3.600,75 €, was am Ende – also erst ab dem 27. Monat – dem Anstieg von 5,9% entspricht.

Wer dem Anschein glaubt, dass diese 5,8% in jedem der 27 Monate gezahlt wird, der hat die verschwurbelte Tarifierdarstellung nicht durchblickt oder hat es aufgegeben nachzurechnen. Ganz gleich welches Ergebnis erzielt wurde – das Ergebnis ist eben dieses Ergebnis und es sollte transparent erklärt werden.

Berechtigte andere Sichten:

- „Das Tarif-Ergebnis wird vernebelt und nicht mit seiner korrekten Erhöhung dargestellt“:
 - Die 5,8% werden erst im letzten Monat der Laufzeit (nach Ablauf von 27 Monaten!) erreicht.
 - Die ersten 5 Monate betrug die Erhöhung 0%.
 - Erst ab dem 6. Monat bis zum 16. Laufzeit-Monat werden die 2,8% Erhöhung berechnet.



Das nächste Treffen des Angestellten-Ausschuss findet statt am **Mittwoch, 15. April 2026, um 17.30h im Kölner DGB-Haus a** m Hans-Böckler-Platz 1.

Auch MPT-Kräfte, beamtete Kolleg*innen und weitere vom TV-L Betroffene sind herzlich eingeladen!

- „Der Vergleich der realen Erhöhung 1,94% mit der proklamierten Zahl 5,8% macht das Darstellungsgeschwurbel sichtbar“:
 - Summierter Realbetrag nach 27 Monaten laut TV-L-Ergebnis: 1781,85 €.
 - Proklamierte 5,8% = 197,20 €/Monat x 27 = 5.324,40 €.
 - Real entspricht der TV-L Tarifierabschluss ca. 1,94%.
 - Modellrechnung: kumulierte 1781,85 € : 27 = 59,84 €/Monat für die EG13 Einstieg, netto.

Man könnte weiterhin ausrechnen, wie sich die Anfangsforderung der GEW im Verhältnis zum Ergebnis verhält... oder auch andere mathematische Herangehensweisen nutzen...

Es bleibt der Fakt:

Für aufmerksame Leser*innen der Gewerkschaftsmitteilung zum TV-L-Ergebnis ist es rätselhaft bis befremdlich, wenn die Tarifiergebnisse von Gewerkschaftsseite undurchsichtig oder falsch erklärt werden.

Warum geschieht das und warum gibt es schon im Vorfeld kaum eine aktive und mitgliederbeteiligte Tarifpolitik der GEW? In NRW gibt es nur einen aktiven Ausschuss für Angestellte (nämlich im Kölner GEW-Stadtverband).

Weiterhin gibt es keine perspektivischen Vorschläge, was die GEW tun möchte (zusammen und unter Mitwirkung der Kolleg*innen!), um schlimmer werdende Rahmenbedingungen im Arbeitsalltag von Schule zu verändern und möglicherweise in künftige Tarifierforderungen oder z.B. kommunale Forderungen einzubinden.



#genuggekürzt – Warnstreik an der TH Köln von Erfolg gekrönt

Von Dienstag, den 28.10., bis Freitag, den 31.10.2025, wurde Hörsaal 201 am Standort Südstadt der TH Köln von einer Gruppe Studierender unter dem #genuggekürzt als studentischer „Warnstreik“ besetzt. // **Marco Reichardt & Dr.in Sonja Gaedicke, GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung**

Das Bündnis setzt NRW-weit auf Protest gegen die beabsichtigten Kürzungen im Hochschulbereich. Geplant waren ursprünglich 255 Mio. Euro, dann 150 Mio. Euro weniger neben den 8 Mio. Euro, welche die Hochschulen bereits in der geltenden Hochschulvereinbarung weniger erhalten.

Die Hochschulen sollten außerdem in den Jahren 2028 bis 2031 insgesamt 240 Millionen Euro aus ihren Rücklagen ans Land überweisen. Die Hochschulleitungen der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften bezeichneten diese Kürzungen als „schmerzhaft, aber zumutbar“.

Die Studierenden der TH Köln und die Opposition im Wissenschaftsausschuss NRW kritisieren die Einsparungen des Wissenschaftsministeriums (MKW) ebenso wie das Stillhalten der Hochschulleitungen. Der Landeshaushalt war nie größer. Die Länder können in diesem Jahr mit 7,8 Milliarden Euro Mehreinnahmen rechnen und im kommenden Jahr mit 7,9 Milliarden Euro.¹

Deutschland bei Bildungsausgaben unter dem EU-Durchschnitt

Profitieren sollen vor allem Länder und Kommunen. „Wenn noch Geld für eine weitere Abschiebehaftanstalt da ist, dann kann die Lage so schlimm ja nicht sein“², berichtet MdL Bastian Hartmann als wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW.

Deutschlandweit liegen die Bildungsausgaben jedoch bereits deutlich unter dem EU-Durchschnitt.³ Die Betreuungsrelation in NRW ist schon heute mit Abstand die schlechteste in Deutschland. Die Studierendenzahlen in NRW sollen absehbar wieder kontinuierlich steigen.⁴ Doch bei Bildung &

Wissenschaft wird gekürzt. Die TH Köln sollte 4.690.300,- € weniger Grundmittel erhalten.⁵ Vor diesem Hintergrund halten die Studierenden ein Sparen an ihrer Zukunft nicht für zumutbar! Sie sehen zudem die Sicherstellung der Qualität in Forschung und Lehre vielmehr als Investitionen in die Zukunft.

Inhaltliche Auseinandersetzung

Während der 44. Kalenderwoche wurden deshalb unter großem Interesse von Studierenden und Lehrenden diverse Vorträge, Diskussionen und Workshops zum Zusammenhang von guter Forschung, Wissenschaft und Lehre, Frieden, Demokratie und Nach-

Protest zeigt Wirkung: Kürzungen der Grundfinanzierungen der Hochschulen werden nun fast zur Hälfte zurückgenommen. Darüber hinaus konnte die geplante zusätzliche Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 240 Mio. € ab 2028 vollständig abgewendet werden!



haltigkeit und (auskömmlichen) Investitionen in die Hochschulen angeboten. Daran waren über die Tage hinweg im Schnitt 130 Studierende beteiligt; viele davon Erst- oder Drittsemester und ohne irgendwelche politische/aktivistische Vorerfahrung.

Der Raum wurde für kritische alternative Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen (Hochschule und Studieren im Kapitalismus; „Zeitenwende“ in Hochschule und Gesellschaft; Gewerkschaftliche Organisation etc.) genutzt. Unter anderem beteiligte sich Dr.in Sonja Gaedicke aus der GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung mit einem Beitrag zur Perspektive des wissenschaftlichen Mittelbaus.

Gesicht zeigen, Forderungen formulieren

Im Zuge des Protests wurde daneben die Wahl der neuen Vizepräsidentin für Wirtschafts- und Personalverwaltung am 29.10.2025 durch eine Kundgebung mit selbstgemalten Schildern und einem Sitzstreik begleitet. Die Studierenden erwarteten von der Hochschulleitung:

- Eine solidarische Positionierung der TH Köln gegen Kürzungen an den Hochschulhaushalten NRW.
- Eine sachgerechte Beteiligung des Senats unter Berücksichtigung unserer Perspektive mit dem Entwurf der Verlängerungsvereinbarung zur Hochschulvereinbarung 2026 und
- einen Termin zur Aussprache mit der Hochschulleitung.

Die Betreuungsrelation in NRW ist schon heute mit Abstand die schlechteste in Deutschland. Dabei sollen die Studierendenzahlen in NRW absehbar wieder steigen.

Gespräche erwirkt

Mit einem ersten Gespräch unter Beteiligung von knapp 200 Studierenden und Lehrenden der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften hat die Präsidentin der TH Köln am Freitag, den 31.10.2025, auf das Schreiben und die mediale Berichterstattung reagiert. Es wurde zugesichert, dass nach einem Gespräch mit der zuständigen Ministerin Ina Brandes über Haushaltsverhandlungen und Protest noch am selben Tag ein Update folge.

Noch vor der offiziellen Pressemitteilung des MKWs wurde erklärt, dass in Re-

Doch bei Bildung und Wissenschaft wird gekürzt. Die TH Köln sollte auf knapp 5 Mio. € an Grundmitteln verzichten.

aktion auf die Haushaltsverhandlungen und Proteste die Kürzungen der Grundfinanzierungen der Hochschulen ab 2026 nochmals auf 120 Mio. € gesenkt wurden (ursprünglich 255 Mio. €; bis Freitag zum 31.10.2025 noch 150 Mio. €). Darüber hinaus konnte die geplante zusätzliche Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 240 Mio. € ab 2028 vollständig abgewendet werden! Ministerin Brandes sei über die Medienberichte nicht begeistert, aber froh, dass alles friedlich verlaufen ist, verbinde das Ergebnis der Verhandlungen jedoch weiter mit der „Erwartung zurückhaltender Kommunikation zu der gesamten Thematik“.

Der Erfolg der Aktion zeigt: Protest und breite Aufmerksamkeit wirken.

Auch nach Beendigung der Hörsaalbesetzung bleibt aber die studentische Forderung bestehen: Die Kürzungen müssen vollständig zurückgenommen werden und die neuen Hochschulverträge den gesellschaftlichen Anforderungen entsprechend unter Beteiligung der Hochschulsenate umfangreich ausgestaltet werden können. Daher demonstrierten Hochschulangehörige aus ganz NRW am Mittwoch, 5.11.2025, gemeinsam mit vielen anderen Studierenden und Hochschulbeschäftigten aus NRW in Düsseldorf und mit einer Kundgebung vor dem Landtag.

Laut Hochschulleitung der TH Köln trug die Besetzung maßgeblich dazu bei, dass die Kürzungspläne nun in Teilen zurückgenommen wurden. Für die Studierenden bleibt der Eindruck, dass politischer Protest in Zeiten vielfältiger Gefährdungen der Demokratie in der Gesellschaft über die Hochschule hinaus für Interesse sorgen und durchaus wirken kann. So besetzten Studierende der Deutschen Sporthochschule Köln noch am Vortag der Demonstration in Düsseldorf einen weiteren Hörsaal am Campus in Köln-Müngersdorf.

Quellen

¹ <https://www.rnd.de/politik/steuerschaetzung-33-6-milliarden-euro-mehr-fuer-laendern-und-gemeinden-bund-geht-leer-aus-4OGDDIYA5NDW3DWLQFAITF43RU.html>

² <https://www.koelncampus.com/embed/20382/>

³ https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bericht-bildung-investieren-2025-ausgaben-deutschland-unter-eu-durchschnitt-2025-08-27_de

⁴ <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/kurzfristiger-rueckgang-langfristiger-aufschwung-studienanfaengerzahlen-sollen-ab-2027-deutlich-steigen.html> (letzter Aufruf: 30.10.25)

⁵ Haushaltsentwurf NRW Kapitel 06740, S.517



Integrationspolitik nach Gutsherrenart

Auch für die Lehrkräfte ist diese Politik eine ernste Bedrohung // **Klaus F. Mautsch, Mitglied der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung und des geschäftsführenden Vorstands der GEW Köln**

Regierung entzieht Zehntausenden Integrationswilligen den Sprachkurs

Das bestehende Bildungsangebot für Zugewanderte steht seit Monaten unter dem Druck von Veränderungen, die die Regierung Merz vorgenommen hat. Für die in dem System beschäftigten Lehrkräfte war dies spürbar geworden, als beginnende Integrationskurse nur mühsam zustande kamen oder gar ganz wegbrachen.

Mit einer Veröffentlichung der zuständigen Behörde von Anfang Februar liegen die Fakten hinter dieser Politik nun vor: Das von Alexander Dobrindt (CSU) geleitete Innenministerium entzieht mehr als einem Drittel der bisher Berechtigten die Möglichkeit, an einem geförderten Integrations- und Orientierungskurs teilzunehmen.

Dies heißt das „Bildungs-Aus“ für folgende Migrant*innen, denen zuletzt noch eine Teilnahme auf Antrag genehmigt wurde: Bürger*innen der Europäischen Union, Asylbewerber*innen im laufenden Verfahren, Menschen aus humanitären Aufnahmeprogrammen sowie Geflüchtete aus Kriegsgebieten.

Erhalten bleibt der Zugang zu Integrationskursen lediglich für Zugewanderte mit einem sprachlichen Förderbedarf zwecks Integration in den Arbeitsmarkt und Asylsuchende mit „gesicherter Bleibeperspektive“ (Amtsjargon).

Ende Februar hat unser Vorstand diese Petition gestartet. Bitte unterstützen und verbreiten! <https://weact.campact.de/petitions/zulassungsstopp-fur-integrationskurse-zurucknehmen>

Von Alexander Dobrindt stammt die Aussage, er wolle mit seiner Politik dafür sorgen, dass die Union wieder Wähler von der AFD zurückgewinne. Ein Blick auf eine Studie, die vergangene Wahlergebnisse in Italien, Ungarn und den Niederlanden untersucht, hätte genügt, um zu zeigen: Diese Strategie ist nicht bloß zum Scheitern verurteilt. Sie hat auch fatale Auswirkungen auf die demokratische Ordnung in diesen Ländern, indem sie teils rechtsextremen Parteien verhilft, an die Macht zu kommen.

Wer miterleben muss, wie das Bundesinnenministerium derzeit mit der Abrissbirne auf die Integrationskurse losgeht (siehe Infokasten), sollte die oben zitierte Aussage im Hinterkopf haben. Denn vordergründig wird damit argumentiert, dass die Politik hier Einsparungen vornehmen müsse. An der Glaubwürdigkeit dieser Aussage ist zu zweifeln. Denn im Bundeshaushalt für 2026 wird den Trägern der Integrations- und Berufssprachkurse ein ähnlich hohes Budget eingeräumt wie im Jahr davor. Kein Zweifel besteht allerdings daran, wie schädlich diese Politik für die Betroffenen ist: Für Menschen, die sich in dieses Land integrieren wollen, für die Honorarlehrkräfte in den Integrationskursen und auch für die Trägerstrukturen, die sich seit dem ersten Integrationsgesetz 2005 gebildet haben.

Asyl- und Abschiebepolitik hat Vorrang vor beruflicher Förderung

Paradoxiere Weise veröffentlichte die dem Bundesministerium des Inneren (BMI) untergeordnete Behörde Ende 2025 noch eine Studie, die den positiven Einfluss der Integrationskursen auf die Beschäftigungszahlen hervorhebt, und zwar im Vergleich zwischen der Gruppe von Migrant*innen, die das System durchlaufen hatte, und einer

Gruppe ohne sprachliche Förderung. Wenn es bei der Politik des Hauses Dobrindt bleiben sollte, dann werden die beruflichen Aussichten derer, die aus dem System herausfallen, auf ernstzunehmende Art beschnitten.

Dennoch möchte man Asylbewerber*innen weiterhin nach 3-6 Monaten in irgendeine Form von Beschäftigung bringen, zur Not dann eben auch ohne jede Sprachkenntnisse. „Zurück in die Vergangenheit“ scheint das Motto der Retroregierung aus CDU und SPD zu sein. Zynisch nur, dass weiterhin das alte Lied von „Parallelgesellschaften“ und

Innenministerium entzieht mehr als einem Drittel der bisher Berechtigten die Möglichkeit, an einem geförderten Integrations- und Orientierungskurs teilzunehmen.

„krimineller Schattenwirtschaft“ gesungen wird. Hier scheint sich eine Regierung die Verhältnisse selbst zurechtzimmern zu wollen, vor denen sie wortreich warnt.

Was für ein Hohn auch für die Bürger*innen, die aus

EU-Ländern in den deutschen Arbeitsmarkt streben, dass man im Hause Dobrindt offensichtlich glaubt, diese Gruppe könne die Teilnahme an dem Integrationskurs per se aus eigener Tasche bezahlen. Bei der VHS Köln beispielsweise kostet ein Durchgang von 600 Unterrichtsstunden bis zum Lernniveau B1 eine/n Selbstzahler*in rund 1500 Euro. Nicht jede*r der bisherigen Teilnehmenden, hauptsächlich aus osteuropäischen Ländern stammend, kann sich das angesichts der sonstigen Belastungen durch Miete, Mobilität und der oft niedrigen Löhne so einfach leisten.

Stabilität der Integrationskurse in Gefahr – Lehrkräfte ohne Perspektive

Die VHS Hamburg hat gerade Zahlen veröffentlicht, nach denen durch die neue Regelung bis zu 50 Prozent der Teilnehmenden eines Integrationskurses wegfallen könnten. Viele Träger, allen voran der Deutsche Volkshochschulverband, sind alarmiert, dass infolgedessen das ganze System zusammen-



Landesdelegiertenversammlung der GEW NRW

Fachgruppe Gesamtschule (1.12.2025): Gesamtschulen unter Druck – klare Forderungen aus der Praxis // **Ulla Hippe, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Köln**

brechen würde. Denn die Gruppe der zusätzlich Berechtigten stellte bislang einen Puffer dar, der half, Kurse auch dann stabil zu halten, wenn von den gesetzlich Berechtigten und Verpflichteten jemand durch Arbeitsaufnahme oder längere Krankheit aus dem Kurs aussteigt.

Aus allem lässt sich rasch erkennen, wie groß die Befürchtungen unter den Lehrkräften im Integrationskurs derzeit sind, in Zukunft ohne Beschäftigung dazustehen.

Durch politische Entscheidungen quer durch die politische Landschaft zur „Scheinselbstständigkeit“ verdammt, gibt es für sie außerhalb der Grundsicherung keinerlei soziale Absicherung. Sollten tatsächlich 9000 der derzeit etwa 18.000 Lehrkräfte in den Integrations- und Berufssprachkursen arbeitslos werden, so ist ihnen eine Politik zum Verhängnis geworden, die seit dem „Herrenberg-Urteil“ zumindest sozialrechtlich als offener Rechtsbruch betrachtet wird.

Dauerhafte Strukturen statt politischer Willkür

Was es im Jahre 2026 braucht, ist also nicht nur ein breiter gesellschaftlicher Widerspruch gegen die rechtspopulistische Agenda im Bundesinnenministerium, sondern auch endlich die tarifliche Beschäftigung der in den Integrations- und Berufssprachkursen tätigen Lehrkräfte.

Darüber hinaus gilt es zu überlegen, ob für die auch in Zukunft notwendige sprachliche Bildung von erwachsenen Migrant*innen nicht besser verlässliche Strukturen in den Bundesländern geschaffen werden, statt die Aufgabe den ohnehin finanziell stark belasteten Kommunen und einzelnen privaten Trägern zu überlassen. Mit den Volkshochschulen steht bundesweit ein großer Anbieter der Erwachsenenbildung zur Verfügung, dessen Tätigkeit durch Gesetze und Verordnungen der Bundesländer begründet ist. Warum also kann nicht auch die Bildungsmaßnahme zur Integration von Zugewanderten zur landeshoheitlichen Aufgabe werden, inklusive einer Anstellung der in diesem Bereich tätigen Lehrkräfte als Landesbeschäftigte?

Auf der letzten Landesdelegiertenversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen machten Delegierte aus dem Bereich der Gesamtschulen deutlich, unter welchen Belastungen Kolleg*innen derzeit arbeiten. Insbesondere die Themen Arbeitsverdichtung, Personalmangel und der Umgang mit Heterogenität standen im Mittelpunkt zahlreicher Wortmeldungen. Ebenso die „Sparpolitik“ des MSB, die nicht die Entlastung im Arbeitsalltag fördere, geschweige denn zur Bildungsgerechtigkeit führe.

Arbeitsrealität an Gesamtschulen: Viel Anspruch, zu wenig Ressourcen

Delegierte aus Gesamtschulen beschrieben eindrücklich die wachsenden Anforderungen im Schulalltag. Eine Kollegin aus einer integrierten Gesamtschule erklärte in ihrem Redebeitrag: „Gesamtschulen sollen alles leisten: Inklusion, Ganzttag, individuelle Förderung und Abschlussorientierung auf allen Niveaus. Gleichzeitig fehlen uns Lehrkräfte, Fachpersonal und Zeit. Diese Schere geht immer weiter auseinander.“

Besonders die gleichzeitige Arbeit in unterschiedlichen Bildungsgängen wurde als zusätzliche Belastung benannt: „Unterricht in stark heterogenen Lerngruppen ist pädagogisch sinnvoll, aber extrem anspruchsvoll. Dafür brauchen wir kleinere Klassen und mehr multiprofessionelle Unterstützung – nicht weitere Kürzungen.“

Bislang sind die Wahlversprechen des MSB nicht in die Realität umgesetzt worden. Da hilft es auch nicht, den „Schulkompass 2030“ aufzulegen. Beispielsweise werden weitere Lernstandserhebungen eingeführt, die dann für Lehrkräfte wiederum eine Mehrbelastung darstellen könnten.

Personalmangel trifft Gesamtschulen besonders hart

Mehrere Beiträge machten deutlich, dass der Lehrkräftemangel an Gesamtschulen strukturelle Folgen hat.

„Vertretungsunterricht ist an dieser Schulform längst kein Ausnahmezustand mehr. Kolleginnen und Kollegen springen permanent ein – auf Kosten der eigenen Ge-

sundheit und der pädagogischen Qualität.“

Auch der Mangel an Sonderpädagog*innen, Schulsozialarbeit- und MPT-Stellen wurde kritisch angesprochen: „Inklusion ohne ausreichendes Fachpersonal ist keine Inklusion, sondern Überforderung – für Lehrkräfte wie für Schüler*innen.“

Ganzttag und zusätzliche Aufgaben

Die Ausweitung des Ganztags an Gesamtschulen war ein weiterer Schwerpunkt. Eine Delegierte aus dem Ganztagsbereich betonte: „Ganzttag funktioniert nicht mit Selbstausbeutung. Wenn Beratung, Förderplanung und Kooperation ernst gemeint sind, müssen diese Zeiten verbindlich im Arbeitszeitmodell abgebildet werden.“ Die Forderung nach klaren Entlastungsregelungen wurde mehrfach unterstützt.

TVL: Neue Verhandlungsrunden

Im Rahmen der Veranstaltung wurde bereits daraufhin gewiesen, dass die Tarifpolitik für angestellte Lehrkräfte stärker unterstützt werden muss, auch von den verbeamteten Lehrkräften. Es werde damit gerechnet, dass die Verhandlungen von Streiks begleitet werden müssen.

Gewerkschaftliche Erwartungen an die Landespolitik

Die Delegierten machten deutlich, dass Gesamtschulen langfristig nur arbeitsfähig bleiben, wenn politische Entscheidungen die Realität vor Ort berücksichtigen. Um es auf den Punkt zu bringen: Gesamtschulen sind kein Reparaturbetrieb für bildungspolitische Versäumnisse. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen statt immer neuer Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen.

Beschlüsse als Auftrag

Zum Abschluss wurde betont, dass die auf der Landesdelegiertenversammlung gefassten Beschlüsse auch ein klarer Auftrag für die gewerkschaftliche Arbeit im Bereich Gesamtschulen sind. Unsere Beschlüsse sind Rückenwind für die Arbeit in den Schulen. Jetzt geht es darum, sie in Gesprächen mit Schulleitungen, Schulaufsicht, Kommunen und MSB konsequent einzufordern.

Beitragserhöhung der PKV?

Ggf. Wechsel in einen Unisex-Tarif prüfen
// Dr. Alexander Fladerer, Vorsitzender des
GEW-Bezirks Köln

Zum 1.1.2025 (z.B. Debeka) bzw. 1.3.2025 (z.B. HUK-Coburg) kam es vielfach zu deutlichen Beitragserhöhungen in den Tarifen der privaten Krankenversicherung (PKV). Eine Option, diese Beitragserhöhung zumindest abzumildern, ist ggf. der Tarifwechsel in einen Unisex-Tarif, sofern so ein Wechsel noch nicht vollzogen worden ist.

Zum Hintergrund: In der privaten Krankenversicherung dürfen seit dem 21. Dezember 2012 für Neukund*innen nur noch geschlechtsunabhängige Unisex-Tarife angeboten werden. Die bis dahin vertriebenen geschlechtsabhängigen Bisex-Tarife (günstig für Männer, teuer für Frauen) wurden geschlossen (keine Neuaufnahmen junger und gesunder Versicherungsnehmer*innen mehr), aber für Bestandsversicherte weitergeführt.

Während für Frauen schon seit der Einführung der mischkalkulierten Unisex-Tarife 2012 ein Wechsel in diese finanziell vorteilhaft war, ist seit wenigen Jahren nun auch für Männer der Wechsel in die Unisex-Tarife eventuell günstiger als ein Verbleib in den alten Bisex-Tarifen, da mit der Überalterung des geschlossenen Versicherungskollektivs die Beitragsentwicklung in den Bisex-Tarifen deutlich ungünstiger war als in den für Neukund*innen offenen Unisex-Tarifen.

Der §204 VVG besagt, dass jeder privat Versicherte aus einem verkaufsgeschlossenen Bisex-Tarif in einen verkaufsoffenen Unisex-Tarif unter Anrechnung der aus dem alten Vertrag erworbenen Rechte und der im alten Vertrag gebildeten Alterungsrückstellung wechseln darf. Dieser Wechsel ist in der Regel ohne erneute Gesundheitsprüfung möglich, wenn die Leistungen im neuen Tarif nicht höher oder umfassender als im alten Tarif sind. Ist der Wechsel in einen Unisex-Tarif einmal vollzogen, gibt es kein Zurück mehr in einen Bisex-Tarif.

Tipp: Überprüfen Sie bei Ihrem Versicherungsunternehmen, ob ein Wechsel in einen Unisex-Tarif für Sie günstiger ist, wenn Sie vor dem 21.12.2021 in die PKV eingetreten sind und seitdem immer im gleichen (Bisex-)Tarif waren.

Infos zu der Möglichkeit und zu den Regularien eines Tarifwechsels in der PKV: https://www.pkv.de/fileadmin/user_upload/PKV/3_PDFs/Pflichtveroeffentlichungen/PKV-Tarifwechselleitlinien.pdf

Erneute Kürzung

Auch TZ-Beschäftigte werden künftig nicht mehr ab der ersten gegebenen Vertretungsstunde bezahlt. Sogenannte Bagatellgrenze wird nun auch bei Teilzeitkräften eingeführt

Bei teilzeitbeschäftigten Lehrkräften wurde bislang ab der ersten gegebenen Vertretungsstunde von Mehrarbeit gesprochen und diese entsprechend vergütet. Dies ist nicht mehr gültig, da § 61 LBG NRW entsprechende Änderungen vorsieht. Lehrkräfte in Vollzeit erhalten eine Mehrarbeitsvergütung immer erst, wenn in einem Monat mehr als drei Unterrichtsstunden geleistet wurden. In dem Fall erfolgt die Vergütung ab der ersten Stunde.

Dieses Vorgehen wird nun auch auf die Teilzeitbeschäftigten angewendet – proportional zu ihrer individuellen Teilzeitquote. Erst bei Überschreiten dieser proportionalen Bagatellgrenze kommt künftig eine Vergütung ab der ersten Stunde auch für TZ-Lehrkräfte in Betracht. Sollte eine Teilzeitlehrkraft aus

Gründen, die die Schule betreffen, oder aus persönlichen Gründen keine zusätzliche Mehrarbeit leisten können und somit die anteilige Bagatellgrenze nicht überschreiten, dann erhält sie im Gegensatz zur bisherigen Praxis keinen finanziellen Ausgleich für die geleistete Mehrarbeit mehr.

Wer das Stundendeputat beispielsweise auf 60 Prozent reduziert hat, hat nun auch eine „anteilige Bagatellgrenze“ von 60 Prozent der regulären Bagatellgrenze. 60 Prozent von der „regulären Bagatellgrenze“ (= drei Unterrichtsstunden) entsprechen in diesem Fall 1,8 Unterrichtsstunden.

Will man auch diese Mehrarbeitsstunden vergütet bekommen, so muss man fortan über 1,8 Unterrichtsstunden für Mehrarbeit eingesetzt werden, was mindestens zwei Unterrichtsstunden entspricht.

Rückkehrantrag nicht mehr nötig

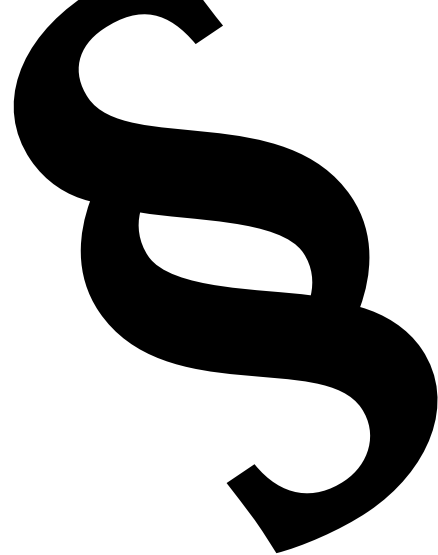
Änderungen beim Lehrerversetzungsverfahren (OLIVER)

Der aktuelle Versetzungserlass regelt neu, dass Lehrkräfte, die ab dem 01.06.2026 aus der Beurlaubung zurückkehren, grundsätzlich an die alte Schule zurückkehren. Voraussetzung ist, dass dies „schulfachlich und aus Gründen einer ausgewogenen Unterrichtsversorgung vertretbar ist“, so der Wortlaut.

Das Stellen eines Rückkehrantrages über OLIVER.NRW ist in diesen Fällen nicht mehr notwendig. Auf Grundlage der geänderten Erlasslage sind die betreffenden Lehrkräfte aufgerufen, sich frühzeitig auf dem Dienstweg mit der für ihre Schulform zuständigen Personalsachbearbeitung (ggf. Schulumt) in Verbindung zu setzen.

Wer sich nach der Zeit der Beurlaubung an eine andere Schule versetzen lassen möchte, muss am Lehrerversetzungsverfahren (OLIVER.NRW) teilnehmen.

Wer bereits Anträge zum Verfahren 01.08.2026 (OLIVER.NW) mit Rückkehrwunsch an die bisherige Stammdienststelle gestellt hat, darf davon ausgehen, dass diese hausintern an die für die Schulform zuständige Personalsachbearbeitung weitergeleitet werden.



Offener Brief wegen (beinahe) geschlossener Jugendeinrichtung

Kurz nach Neujahr erreichte uns ein Offener Brief aus dem Bergischen. In Overath hatte sich die katholische Kirche aus der Jugendarbeit zurückgezogen (vgl. „forum“, 2-25). Doch was die Stadtoberen nach Bekanntgabe der Kündigung angerichtet haben, verschlägt uns vollends die Sprache ... // **die „forum“-Redaktion**

Sehr geehrte Redaktionsmitglieder der angeschriebenen Zeitungen und Publikationen,

ich appelliere hiermit an Ihre journalistische Sorgfaltspflicht und sende Ihnen diesen offenen Brief, der Ihre Berichterstattung vervollständigen und die Handlungen der einzelnen Akteur*innen im Zusammenhang mit den Entwicklungen der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ (OKJA) in Overath beleuchten soll. Ich würde mich freuen, wenn Ihre Leser*innen sowie auch zukünftige Mitarbeitende der OKJA in Overath einen umfassenderen Eindruck von den Ereignissen des letzten Jahres erhalten könnten.

Mein Name ist Florian Fehre. Ich bin seit nun 13 Jahren in verschiedenen Funktionen (Hausmeister, Ehrenamtler, Workshopleiter, Honorarkraft, Vorsitzender des Fördervereins) in der OKJA aktiv. Seit 2023 bin ich pädagogischer Mitarbeiter und werde parallel dazu im kommenden Jahr mein Studium der Sozialen Arbeit abschließen.

Die Geschehnisse aus Kollegen-Sicht

Im Folgenden lege ich meine Sicht auf die Geschehnisse dar und ergänze damit die bisherige öffentliche Darstellung. Bei der bisherigen Berichterstattung wurde überwiegend die Perspektive der Stadt Overath aufgegriffen, wobei wesentliche Fakten und Zusammenhänge unberücksichtigt geblieben sind. Warum in der Berichterstattung so wenig auf die Expertise von uns Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und weiteren bisherigen Beschäftigten zurückgegriffen worden ist, ist mir unerklärlich.

Aber gehen wir zunächst zurück in den Frühsommer 2025: Der kirchliche Träger der OKJA meldet sich bei der Stadt und klagt über eine nicht ausreichende finanzielle Ausstattung. Kurz dazu: Die Gelder für die OKJA wurden vor über einem Jahrzehnt eingefroren, sodass die Finanzierung irgendwann scheitern musste – auch wenn alle Mitarbeitenden sehr fleißig alle möglichen Fördertöpfe angezapft haben, um viele Projekte überhaupt erst möglich zu machen.

Ohne diese Förderungen hätte sich die OKJA in Overath in den letzten Jahren auf eine, nach Präventionskriterien (z. B. Zwei-Personen-Betrieb zur dauerhaften Aufsicht), unterbesetzte offene Tür (OT) sowie Heizung und Strom beschränkt. Tanz-, Musik- und YouTube-Workshops, Ausflüge, Freizeiten, Bogenschießen, Ferienprogramme sowie ein Großteil des Sport- und Spielmaterials werden seit Jahren über Anträge der Mitarbeitenden oder über den Förderverein und Spenden aus dessen Netzwerk finanziert.

Kirche kündigt

Weiter im Juni 25: Die Kirche meldet einen hohen fünfstelligen Fehlbetrag und sieht sich damit nicht mehr in der Lage, die OKJA weiter zu finanzieren. Die Stadt bietet an, lediglich einen Bruchteil dieses Fehlbetrags auszugleichen, und bittet die Kirche um eine erneute Prüfung der Zahlen. Daraufhin kündigt die Kirche die Trägerschaft.

Da ein Ausschreibungsverfahren mehr Vorlaufzeit benötigt, verspricht die Stadt, die Trägerschaft zu übernehmen. Auf Sitzungen des Rates wie auch des Jugendhilfeausschusses wird betont, dass es wichtig sei, die Mitarbeitenden zu übernehmen, da Jugendarbeit auch Beziehungsarbeit bedeutet. Info an Jugendliche ist unerwünscht!

Am Wochenende nach der Kündigung findet ein städtisches Sommerfest statt, bei dem sich auch die OKJA Overath präsentieren soll. Unser Team ist mit dem OJO-Mobil vor Ort, bietet Spiele und musikalische Aktivitäten an, geht aber gleichzeitig offen mit der Ungewissheit über die Zukunft der OKJA und der Mitarbeitenden um. Eine kleine Fotoausstellung am OJO-Mobil behandelt diese Lage auf künstlerische Art und Weise. Kernaussage: „Stand heute: Wir schließen zum 01.01.2026.“

Steckbrief – Offene Jugendarbeit Overath (OJO)

Träger: Pfarrverband Overath

Standort: Overath (Haupthaus), mobile Jugendarbeit im Stadtgebiet

Zielgruppe

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von 6 bis 27 Jahren
- Schwerpunkt: 9–16 Jahre
- Nutzer*innenzahlen
- ca. 380 regelmäßig anwesende Kinder und Jugendliche
- ca. 1.000 unregelmäßige Besucher*innen pro Jahr
- ca. 120 regelmäßige Nutzer*innen mit Migrationshintergrund

Altersstruktur (regelmäßige Besucher*innen)

- 6–11 Jahre: ca. 110
- 12–14 Jahre: ca. 130
- 15–17 Jahre: ca. 80
- 18–21 Jahre: ca. 40
- 22–26 Jahre: ca. 20

Angebotsprofil

- Offener Treff / Schülercafé
- Abendangebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Mobile Jugendarbeit in mehreren Stadtteilen
- Gruppenangebote, AGs und Projekte (z. B. Zirkus, Bogenschießen, Kreativangebote)
- Ferienprogramme und Freizeitaktionen
- Geschlechtsspezifische Angebote (z. B. Mädchenarbeit)
- Niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote

Pädagogischer Ansatz

Die Arbeit basiert auf Freiwilligkeit, Beziehungsarbeit und Niedrigschwelligkeit. Kinder und Jugendliche werden häufig über mehrere Jahre hinweg begleitet – vom Grundschulalter bis ins junge Erwachsenenalter.

Typische Themen und Anliegen

- Schulische und berufliche Orientierung
- Soziale Konflikte und Gruppendynamiken
- Persönliche Sorgen und Alltagsprobleme
- Unterstützung in belastenden Lebenslagen
- Bedarf an sicheren, konsumfreien Treffpunkten

Quelle: Jahresbericht 2024 – Offene Kinder- und Jugendarbeit Overath

Etwas anderes können und wollen wir Kindern, Jugendlichen sowie Bürger*innen nicht mehr versprechen, um Enttäuschungen zu vermeiden. Ein Mitarbeiter der Stadt kommt auf uns zu und bittet uns eindringlich darum, die Fotos abzuhängen, da sie die gute Stimmung auf dem Fest stören würden. Wir belassen die Fotos, wo sie sind. Der Leiter des Jugendamts duldet die Ausstellung.

Wir machen weiter unsere Arbeit und hoffen auf einen guten Ausgang. In die Erarbeitung von Zukunftsplänen für die OKJA werden wir außerhalb des Jugendhilfeausschusses jedoch nicht einbezogen – die Kinder und Jugendlichen noch weniger. Über die nächsten fünf Monate hinweg sprechen diese die Mitarbeitenden immer wieder persönlich an und fragen: „Bleibst du?“

Über die Homepage der Stadt erfahren unsere Besucherinnen und Besucher von einer offenen Bürgerfragestunde des Bürgermeisters. Eine Gruppe aus Stammesbesucherinnen und -besuchern formiert sich, um bei diesem Termin Fragen über die Zukunft ihres Jugendzentrums zu stellen. Sie werden weggeschickt, da die offene Bürgerfragestunde einer Anmeldung bedarf. Man verweist sie auf die kommende Ratssitzung. Dort wird auf Nachfrage eines mutigen Jugendlichen versprochen, alles zu tun, um die OKJA in Overath weiterzuführen.

Zusagen und wertschätzende Worte ...

Auf mehreren Sitzungen von Jugendhilfeausschuss und Rat wird immer wieder von verschiedenen Akteur*innen aus Politik, Stadtverwaltung sowie von Bürgerinnen und Bürgern betont, wie wichtig es sei, die Mitarbeitenden zu halten. Bei der OKJA handele es sich um Beziehungsarbeit. Darüber hinaus sei auch die Netzwerkarbeit der Mitarbeitenden – mit insgesamt 45 Jahren Erfahrung in der OKJA Overath – kaum zu ersetzen.

Die Kirche bietet der Stadt zu diesem Zeitpunkt an, das komplette Inventar, welches laut Kirche juristisch gesehen zu 100 % Kirchengut ist, für einen symbolischen Euro an die Stadt weiterzugeben, unter der Bedingung, die Mitarbeitenden und deren Verträge zu übernehmen. Die Stadt lehnt dieses Angebot ab und lässt die Mitarbeitenden in Bezug auf ihre berufliche Zukunft sowie die Zukunft der gesamten Einrichtung lange im Dunkeln stehen.

... erweisen sich als Seifenblasen!

Als die Stellen schließlich neu ausgeschrieben werden, handelt es sich um Jahresverträge mit schlechterer Bezahlung und ohne Leitungsstelle. Uns wird gesagt, wir hätten „einen Vorsprung gegenüber den anderen Bewerberinnen und Bewerbern“.

Die ersten Mitarbeitenden wenden sich – auch aufgrund dieses aus meiner Sicht heuchlerischen Verhaltens von Politik und Teilen der Verwaltung – ab und bewerben sich auf Stellen, bei denen sie sich mehr Sicherheit und Wertschätzung für ihre Arbeit versprechen. Ich bewerbe mich trotz dieser Umstände wieder auf eine Teilzeitstelle als pädagogische Hilfskraft.

Auf meine Bewerbung erhalte ich nach drei Wochen eine Absage. Andere Bewerberinnen und Bewerber seien passgenauer für die Stellen geeignet. Von der im Rat stets betonten Wichtigkeit der Kontinuität und der Bedarfsorientierung an den Besuchenden der Einrichtung, ist für mich in den Entscheidungen nicht viel wiederzufinden. Am Ende bleiben von ehemals 3,5 Stellen für OKJA in Overath noch 2 Vollzeit- und eine Teilzeitkraft. Eine dedizierte Einrichtungsleitung gibt es nicht mehr.

Die neuen Mitarbeitenden erscheinen weder vor noch nach der Personalentscheidung in der Einrichtung. Eine, für die Arbeit im sozialen Bereich für alle Beteiligten sehr gewinnbringende Hospitation, die vom alten Team und auch von Kindern und Jugendlichen erwünscht wurde, fand nicht statt.

Ein Mitarbeiter des Jugendamts kam außerhalb der Öffnungszeiten unangemeldet mit den neuen Mitarbeitenden in die OJO. Die zufällig anwesende OJO-Leitung hatte so Gelegenheit, kurz mit den neuen Mitarbeitenden zu sprechen. Dies war der einzige Kontakt von alter Leitung und neuem OJO-Team.

Wie mit öffentlichem Eigentum Schindluder getrieben wird ...

Meine Eltern kommen mit einem Presseartikel QUELLE (<https://www.ksta.de/region/rheinberg/overath/ojo-vor-dem-aus-so-will-overath-die-offene-jugendarbeit-retten-1105353>) zu mir und sagen: „Das ist ja nicht zu glauben, was die Kirche da macht.“ Ich lese den Artikel und muss – bei aller Kritik an der „plötzlichen“ Kündigung der Kirche – sagen: Meiner Meinung nach, sind Stadt und Politik ebenfalls Instanzen, deren Entscheidungen ich kritisch sehe. Und zwar schon lange, auch schon vor der Kündigung der Kirche: Die OJO, also das Gebäude an der Hauptstraße 100, ist eine städtische Immobilie, die immer weiter verfallen ist.

Wird das Thema Sanierung durch Mitarbeitende in den Fokus gebracht, wird der Abriss diskutiert. Ich selbst war vier Jahre lang Hausmeister der OJO. Nachdem es keine Zivildienstleistungen mehr gab, wurde ich als Hausmeister auf 400-Euro-Basis eingestellt. Nach kurzer Zeit wurde mein Vertrag auf 200 Euro reduziert. So hielt ich in fünf Stunden pro Woche, oder eben ehrenamtlich, die Gebäude der OKJA in Overath und Vilkerath instand.

Was ein zerfallendes Gebäude für die gefühlte Wertschätzung unserer Besuchenden wie auch unserer Arbeit bedeutet, ist offensichtlich. Vor allem, da viele auch zu uns kommen, weil es zu Hause oft nicht schön ist.



Insgesamt 45 Jahre Erfahrung und im Einsatz für Kinder und Jugendliche: Die Belegschaft, der gekündigt wurde.



Info der OJO-Mitarbeitenden an die Jugendlichen, die immer wieder nach dem „Wie weiter“ fragten.



„Von der im Rat stets betonten Wichtigkeit der Kontinuität und der Bedarfsorientierung an den Besuchenden der Einrichtung ist in den Entscheidungen nichts wiederzufinden.“



Die diesjährige Sanierung der über zwanzig Jahre alten Küche ist leider kein gutes Beispiel für städtisches Engagement: Ein privater Spender ist bereit, 20.000 Euro für eine neue Küche zu zahlen. Wir freuen uns und kontaktieren die Stadtverwaltung: Wir informieren die Stadt, dass die neue Küche nicht in einen auffälligen Raum mit 40 Jahre alten, beschädigten Fliesen eingebaut werden kann. Die Stadt lehnt die Kostenübernahme für die vorbereitenden Arbeiten ab, zahlt also weder für die Küche noch für die nötigen Elektroinstallations-, Renovierungs- und Bodenlegerarbeiten.

Am Ende werden pädagogische Kräfte der OJO, neben der Koordination der Handwerksfirmen, mit zusätzlicher Arbeit für einen Investitionsantrag an das Erzbistum belegt, um das Geld für die dringende Renovierung des städtischen Gebäudes auf diesem Wege zu beschaffen. Bei Anfragen an örtliche Elektriker*innen hören wir dabei mehrfach: „Die Gebäude von der Stadt macht doch der *****“

Ausschreibungen – war da nicht was?

Wir erhalten nur einen einzigen Kostenvoranschlag, da andere Elektroinstallateurbetriebe nach eigener Aussage bei städtischen Aufträgen „nicht zuständig“ seien. Die Küche hat etwa 12 m². Die Pläne des Küchenbauers, in denen unter anderem die Positionen der Anschlüsse eindeutig gekennzeichnet sind, liegen dem Elektrofachbetrieb vor. Die 16 geplanten Steckdosen werden laut diesen Plänen vom Küchenbauer geliefert und angeschlossen. Wir erhalten ein Angebot des Elektrofachbetriebs: Enthalten sind 27 Steckdosen inklusive Rahmen und Verkabelung sowie jeweils 40 Meister-, 40 Gesellen- und 40 Helferstunden. Kostenpunkt: über 13.000 Euro.

Auf Nachfrage wird das Angebot auf etwas über 9.000 Euro korrigiert. Das erscheint für einen derart kleinen Auftrag weiterhin sehr hoch, doch aufgrund eines straffen Zeitplans für den Küchenaufbau erhält die Firma den Auftrag.

Wert und sozialer Mehr-Wert

Eigentlich ist es nur ein sanierungsbedürftiges Gebäude am Stadtrand, aber die Besuchenden nennen es „ihre OJO“. Warum? - Weil Menschen dort etwas erfahren: Hier kann ich sein. Und vor allem: Gegenüber all dem „Was willst du mal werden?“ gilt hier: Ich bin genug. Dieses Gefühl zu ermöglichen, sehe ich als Offene Jugendarbeit an, denn ein solches Erleben kommt nicht von allein. Es braucht Zeit, eine stabile Basis und Verlässlichkeit. Viele Besuchende haben in ihrem Leben immer wieder Menschen verloren, denen sie vertraut haben, oder befinden sich in Lebenssituationen, in denen sie Ablehnung im eigenen Elternhaus erfahren. Bei uns konnten sie über drei Jahre hinweg mit einem stabilen Team die Erfahrung machen, dass es zwar Regeln für das Miteinander gibt, sie aber willkommen sind und bleiben – unabhängig von ihrer Stimmung. Sie haben erfahren, dass ihre Themen bei uns den Raum bekommen, den sie sich dafür vorstellen.

Zum Schluss, meine Hoffnung:

Ich habe über das neue Team von Jugendlichen nur positives gehört und das ist für mich ein sehr gutes Zeichen. Ich habe das Team besucht und wir holen etwas von dem Übergang nach, der gefehlt hat. Über Kooperationen werde ich über das Jahr auch immer wieder den Laden besuchen dürfen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und die Energie in der liebenswertesten Bruchbude in Overath.

Nachtrag:

Im Januar wurde ich zu einem Gespräch über eine mögliche Zusammenarbeit eingeladen. Ich war offen dafür, da ich meine Arbeit – insbesondere im Bereich der Musikworkshops – gerne weitergeführt hätte, auch um die weiterhin bestehende Nachfrage bedienen zu können. Im Jugendzentrum hatte man explizit nach einem früheren Workshopanbieter und mir gefragt, da bestehende Projekte unterbrochen worden waren.

Im Gespräch ging es dann jedoch vor allem um meine jugendpolitische Einstellung. Ich hatte in sozialen Netzwerken, im Sinne meiner Zielgruppe, den Begriff der „Rettung“ der OJO durch die Stadt infrage gestellt, wenn es sich dabei effektiv um Stellenkürzungen handelt. Nun legte man mir im Falle einer Kooperation „gegenseitiges Wohlwollen“ nahe. Wir verblieben ohne Entscheidung oder ein Gespräch über mögliche Formen der Kooperation und verabredeten ein Telefonat für die folgende Woche. Einige Tage später erhielt ich eine E-Mail, in der man mir mitteilte, dass man „im Ergebnis und in Abwägung aller Aspekte“ zu dem Schluss gekommen sei, derzeit keine Zusammenarbeit anzustreben.

Als Mitarbeitender der Offenen Jugendarbeit sehe ich es als meinen Job an, für meine Zielgruppe das Beste herauszuholen – auch auf politischer Ebene. Themen verschwinden schnell, und mit ihnen soziale Zentren sowie die damit verbundenen Möglichkeiten für junge Menschen.

Immer wichtiger: die fachlich begleitete Nutzung digitaler Medien.



Deine Ansprechpartner*innen im Kreisverband Rhein-Berg



Unser Leitungsteam



Beate Lattenkamp

Fachgruppe Grundschule, ÖPR Rhein-Berg
beate.lattenkamp@gew-nrw.de

Angelika Paulat

Fachgruppe Grundschule, ÖPR Rhein-Berg
angelika.paulat@gew-nrw.de

Claudia Vogt

ÖPR Rhein-Berg, Ansprechpartnerin für Förderschulkolleg*innen mit dem Schwerpunkt Gemeinsamer Unterricht in der Grundschule
claudia.vogt@gew-nrw.de



Mirjam Wirtz

Fachgruppe Grundschule
ÖPR Rhein-Berg
mirjam.wirtz@gew-nrw.de



Susanne Lambertz

Fachgruppe Grundschule
BPR Grundschule
susanne.lambertz@gew-nrw.de



Sina Jäckle

Fachgruppe Grundschule
ÖPR Rhein-Berg
sina-vanessa.jaekle@gew-nrw.de



Florian Lambertz

Fachgruppe Grundschule
florianlambertz@gmx.net



Canan Turhan

Sozialpädagogische Fachkraft
in der Schuleingangsstufe
canan.turhan@ggshand.nrw.schule



Michael Odinius

Fachgruppe Gymnasium
BPR Gymnasien/WBKs
michael.odinius@gew-nrw.de



Jutta Polzius

Fachgruppe Sonderpäd. Berufe
HPR Förderschulen/Klinikschulen
jutta.polzius@gew-nrw.de



Helga Pennartz

Ausschuss Aktive Senior*innen
helgapennartz@gmail.com

Wer seine Fachgruppe im Kreisverband Rhein-Berg nicht vertreten sieht, kann uns sehr gerne helfen jemanden zu finden, der sich für die Interessen und Besonderheiten der eigenen Schulform stark macht.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich gerne bei uns melden.

Wir für euch!



Mülheimer Brücke für Alle

Die Sanierung der Mülheimer Brücke neigt sich – endlich – dem Ende zu, und damit rückt die Frage in den Vordergrund: Wie soll die Verkehrsführung auf der Brücke künftig aussehen? Soll wie zuvor das Auto den Vorrang und den meisten Raum bekommen? Oder sollen alle Verkehrsarten gleichberechtigt behandelt werden? Konkret: Soll die Brücke wieder vier Spuren für den Autoverkehr bekommen, und Schwerlastverkehr wieder zugelassen werden? Oder soll eine Spur je Richtung in eine Fahrradspur umgewandelt werden? // **Angela Bankert, Ratsmitglied für Die Linke im Mobilitätsausschuss, GEW-Mitglied**

Im Vorfeld der Sitzung des Mobilitätsausschusses im Januar - und sicher auch künftig wieder - lief eine heftige öffentliche Kampagne. IHK, Handwerkskammer und Autolobby beschwören große Probleme für die Wirtschaft, insbesondere für die LKW-Anlieferung zum Niehler Hafen. Die Lokalpresse schlägt derweil auf den Mobilitätsdezernenten Ascan Egerer ein und feiert, dass Oberbürgermeister Burmester ihn angeblich „entmachtet“ und das „letzte Wort“ zum Thema Mülheimer Brücke an sich gezogen habe. Hier sei angemerkt, dass der OB diese Macht gar nicht hat. Das letzte Wort hat der gewählte Stadtrat. Und die Verteilung der Kompetenzen regelt die städtische Zuständigkeitsordnung, die ebenfalls vom Rat beschlossen wird. Wir sind ja nicht mehr im Preußen des 19. Jahrhunderts.

Im Mobilitätsausschuss wurde übrigens noch gar keine geänderte Verkehrsführung beschlossen, sondern vorerst nur die Beauftragung eines Gutachtens, das künftige Verkehrsflüsse und Simulationen der Verkehrsströme bei verschiedenen Varianten der Verkehrsführung ermitteln soll, auf Wunsch der SPD auch während künftiger Sanierungen anderer Brücken. Dieser Beschluss für ein internes wie externes Gutachten (externe Kosten 110.000 Euro) wurde mit den Stimmen von Grünen, Linken, VOLT und SPD beschlossen, um eine gute Datengrundlage für die Entscheidung zu haben. Es ist bezeichnend, dass offenbar nicht nur die Autoparteien CDU, FDP und AfD sich vor Daten und Fakten fürchten, sondern auch der OB.

Fakten

Es sind Tatsachen und nicht Meinungen des Kölner Mobilitätsdezernenten,

- dass der Radverkehr zugenommen hat und künftig noch stärker zunehmen wird, u.a. mit der Radpendlerroute von Nippes bis Mülheim. Dazu reicht die Spurweite der Seitenwege für gemischten Rad-/Fußverkehr nicht aus, zumal auch noch Engpässe auf Höhe der Stahlträger bestehen.

- dass es während der Sanierung auf der Mülheimer Brücke seit Jahren nur eine Autospur pro Richtung gibt und der Schwerlastverkehr gesperrt war. Die Kölner Wirtschaft ist nicht zusammengebrochen, und es gab auch nicht mehr Staus, sondern weniger und flüssigen Autoverkehr auf der Brücke mit Tempo 30. Der Niehler Hafen und die Gewerbegebiete können über die Leverkusener Brücke angefahren werden und müssen nicht mitten durch den Stadtteil Mülheim!
- dass die Emissionen von Lärm, Feinstaub und Stickoxyden erheblich zurückgingen und nun unter den EU-Grenzwerten liegen. Wenn der autozentrierte Zustand wie vor der Sanierung wiederkäme, würden die Grenzwerte erneut gerissen und wäre mit Fahrverboten zu rechnen. Wer die Gesundheit der Menschen in Mülheim ernst nimmt, muss sich fragen lassen, wie sonst Lärm- und Emissionsschutz dort sichergestellt werden soll.

Über die 110.000 Euro, die das externe Gutachten kosten soll, regten sich die Autoparteien reichlich auf. Das ist jedoch eine ausgesprochen lächerliche Summe, z.B. im Vergleich zu den 500 Millionen Euro Kosten für die Sanierung der Mülheimer Brücke, oder auch zu den geplanten bis zu 40 Mio. Euro Kosten für einen unsinnigen Umbau der KVB-Stadionhaltestelle, von milliardenschweren Großprojekten wie dem Ost-West-Tunnel oder der Olympia-Bewerbung ganz zu schweigen.

Doch das alles ficht die Autolobby in ihren Aktivitäten gegen den Mobilitätsdezernenten Egerer im Verein mit der Lokalpresse nicht an. Die Dumont-Presse (Stadtanzeiger, Rundschau, Express) will schon länger den Kopf des Mobilitätsdezernenten rollen sehen und lässt keine Gelegenheit aus, öffentlichen Druck gegen ihn aufzubauen. Nun, der Mann fährt doch tatsächlich mit dem Fahrrad zum Amt und zu seinen Terminen, und richtet etliche neue Radspuren ein – das kann die Autolobby natürlich nicht gutheißen. Wo kämen wir auch hin, wenn das so



Kundgebung am 25. Januar
„Mülheimer Brücke für Alle“

weiter ginge: Wenn etwa der KVB-Vorstand keine Dienstwagen mehr hätte und die miserable KVB-Betriebsqualität selbst erleben müsste. Oder wenn die Bahnmanager mit der Bahn fahren müssten...



1. Schritt: Ausbau von 34 Haltestellen zwischen Bensberg und Weiden-West für den Betrieb von 90m-Langzügen auf der Linie 1. 2. Schritt: Im Innenstadt-Abschnitt zwischen Heumarkt und Moltkestraße sollen zwei Linien unter die Erde gelegt werden. 3. Schritt: Verlängerung des City-Tunnels auf 7,4 km, von Deutz unter dem Rhein her bis Melaten und unter der Dürener Straße her bis zum Militärring.

Kölner ÖPNV in Dauerkrise

Im Stadtwerkekonzern, zu dessen Tochtergesellschaften die Kölner Verkehrsbetriebe KVB gehören, wird gerade über die Begrenzung von Defiziten und Sparmaßnahmen diskutiert. Auf Fahrgäste im ÖPNV kommen womöglich noch schwerere Zeiten zu als schon bisher. Trotzdem wollen KVB und Stadt die Finger nicht von teuren Großprojekten mit geringem Nutzen lassen. // **Angela Bankert, Mitglied im Bündnis Verkehrswende, Ratsmitglied im Verkehrsausschuss der Stadt Köln für Die Linke, GEW-Mitglied**

Fehlendes Personal und fehlende Bahnen führen bereits seit Februar 2023 zu einer spürbar schlechteren Betriebsqualität der KVB. Dreimal wurde der Fahrplan ausgedünnt, trotzdem fielen zusätzlich viele Fahrten von Stadtbahn und Bussen aus.

In Anbetracht von absehbaren Pensionierungswellen zwar spät, aber immerhin seit zwei Jahren, hat das KVB-Management seine Anstrengungen zur Personalgewinnung erheblich intensiviert. Mittlerweile hat sich die Personalsituation entspannt, und man konnte ab Herbst 2025 zumindest im Busverkehr wieder zum Regelfahrplan zurückkehren.

Nummehr fehlt es jedoch an Bahnen, da eine Auslieferung von langen 60m-Zügen auf sich warten lässt, so dass bei der Stadtbahn nach wie vor ein ausgedünnter Fahrplan und Ausfälle zu beklagen sind.

Hinzu kommt jetzt noch, dass die Quersubventionierung innerhalb des Stadtwerke-

konzerns nicht mehr so laufen soll wie bisher: Der Gewinnbringer Rheinenergie hat die Defizite der KVB ausgeglichen. Zusätzlich wurden noch Gewinne an den städtischen Haushalt abgeführt, zuletzt 50 Mio. Euro.

Die Rheinenergie muss nun selbst hohe Investitionen für die Wärmewende tätigen. Der Stadtwerkekonzern arbeitet an einem sogenannten „Ergebnissicherungskonzept“ und will das Betriebskosten-Defizit der KVB bei 160 Mio. Euro im Jahr deckeln.

Tatsächlich liegt das Defizit schon jetzt deutlich höher. Und wenn die KVB all die Strecken ausbaut, die im sog. „Wachstums-szenario“ entsprechend dem Kölner Nahverkehrsplan vorgesehen sind, steigt es auf mehrere hundert Millionen Euro.

Neue Strecken = neue Defizite

Denn wenn man betriebswirtschaftlich rechnet – die KVB ist eine Aktiengesellschaft – und nicht den volkswirtschaftlichen Nutzen

des ÖPNV einbezieht, dann ergibt sich die Absurdität: Neue Strecken bedeuten neue Defizite bei den laufenden Betriebskosten. Der ÖPNV ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und immer ein Zuschussgeschäft; es sei denn man treibt die Fahrpreise noch höher als bisher schon.

Was die Förderung von Bund und Land angeht, so werden zwar Investitionen mit Fördermitteln aus verschiedenen Töpfen bedacht, nicht jedoch Betriebskosten.

Unser ÖPNV ist strukturell unterfinanziert und braucht mehr Mittel, insbesondere aus dem Bundeshaushalt. Hier wird jedoch nach wie vor an der Subventionierung von Auto- und Flugverkehr festgehalten, wie die Subvention für Diesel und Flugbenzin (12 Milliarden Euro jährlich), Dienstwagenprivileg (5 Milliarden) oder der Ausbau von Autobahnen (30 Milliarden Euro im Bundesverkehrswegeplan bis 2030). Allein mit der Umschichtung dieser Mittel könnte der ÖPNV



Betriebsqualität und Digitalanzeige lassen zu wünschen übrig.

bundesweit deutlich auskömmlicher finanziert und verbessert werden.

Vor dem Hintergrund großer Defizite ist es umso absurder, dass KVB und Stadt an den Tunnelplänen festhalten wollen. Diskutiert wird, den Ausbau neuer Strecken auf St. Nimmerlein zu verschieben und prioritär lediglich an drei Projekten festzuhalten, die als „unumkehrbar“ bezeichnet werden: Erstens die Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn (also Linienführung über die Bonner Straße), zweitens die Verlängerung von Haltestellen der Linien 4, 13 und 18. Und drittens: Das Projekt Ost-West-Achse mit Tunnel in der City, das natürlich alles andere als „unumkehrbar“ ist.

Nötig wäre eine ganz andere Priorisierung: Eine rasche und preiswerte Ertüch-

tigung auf der Ost-West-Achse durch Taktverdichtung und Ausbau der beiden Knotenpunkt-Haltestellen Heumarkt und Neumarkt, Verlängerung der Gürtellinie 13 von Sülz bis zum Rhein, der lange überfällige Schienenanschluss großer Stadtteile wie Neubrück, Mülheim-Süd, Widdersdorf.

Festhalten am Mega-Projekt

Doch stattdessen wird das kostspielige Projekt Ausbau Ost-West-Achse weiter vorangetrieben. Es beinhaltet im ersten Schritt den Ausbau von 34 Haltestellen zwischen Bensberg und Weiden-West für den Betrieb von 90m-Langzügen auf der Linie 1, zu Kosten um die 600 Millionen Euro. Im zweiten Schritt soll der Innenstadt-Abschnitt zwischen Heumarkt und Moltkestraße für zwei Linien unter die Erde gelegt werden, Kostenschätzung derzeit 1,5 Milliarden. Im dritten Schritt soll es dann die Verlängerung zu einem 74 km langen Megatunnel geben, der von Deutz unter dem Rhein her bis Melaten und unter der Dürener Straße her bis Militärring laufen soll; Kosten unabsehbar.

Die Tunnelparteien CDU, SPD, FDP (und AfD) hatten im April 2025 im Grundsatz einen solchen Megatunnel beschlossen. Da die Frist zur Einreichung für die laufende Förderrunde im Juli 2025 abließ, hat man den von der Verwaltung fünf Jahre lang geplanten kurzen City-Tunnel ebenfalls beschlossen, mit Planungsaufträgen für etliche Änderungen, damit er zum späteren Megatunnel passt.

In der letzten forum-Ausgabe hatten wir als Zwischenfazit festgestellt:

„Die Tunnelparteien CDU/SPD/FDP reichen also einen Tunnel beim Fördergeber ein, den sie gar nicht mehr wollen, beschäftigen die Ressourcen im Verkehrsdezernat mit einer Vielzahl von Änderungen und verfolgen auf Druck der SPD ein Megatunnel-Projekt, das bereits 2018 als nicht förderfähig verworfen wurde. Kölner Politik wie sie liebt und lebt. Der Fördergeber, das NRW-Verkehrsministerium, hat bereits signalisiert, dass dieser Mega-Tunnel ein ganz neues Projekt gegenüber dem bisher besprochenen ist. Wenn alles mit rechten Dingen zugeht (Betonung liegt auf „wenn“), dann dürfte dieses Projekt nicht in den jetzt auslaufenden NRW-ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen werden, ...“

Langzüge mit Interimshaltestellen

Tja, es ist nicht „mit rechten Dingen“ zugegangen. Das Projekt wurde tatsächlich im November 2025 in den ÖPNV-Bedarfsplan

aufgenommen, auf Vorschlag des grünen Verkehrsministeriums mit den Stimmen der Abgeordneten von CDU und Grünen im Verkehrsausschuss des Landtags. Es läuft unter dem Titel „Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse in Köln“, mit Haltestellen für Langzüge in der City „im Interimszustand“. Das heißt: Der Ausbau der Haltestellen im Osten und Westen für Langzüge soll laufen, in der City von Heumarkt bis Moltkestraße sollen vorerst Interimshaltestellen gebaut werden.

Voraussetzung für die Aufnahme einer Maßnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan sind klare Ratsbeschlüsse, eine bestimmte Planungstiefe und eine positive Nutzen-Kosten-Berechnung. Das ist jedoch alles drei nicht gegeben.

Das Kölner Verkehrsdezernat bestätigte auf Anfrage der Linksfraktion, dass ein Interim-Ausbau weder beschlossen noch geplant ist:

„Für eine (oberirdische) Interimslösung in der Innenstadt gibt es keinen Beschluss. Hierzu ist zunächst eine Planung erforderlich. Die Interimslösung muss mit der endgültigen Tunnelplanung korrespondieren, da sie den anschließenden Bau des Tunnels ermöglichen soll. Aus diesem Grund müssen zunächst die vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Prüfaufträge durchgeführt [werden] ... Nach der Bearbeitung der Prüfaufträge und der Festlegung der endgültigen Tunnelplanung können auch die Interimszustände geplant werden. Für die Herstellung und den Betrieb dieser Interimslösung muss ein Ratsbeschluss eingeholt werden.“ Und auf eine frühere Anfrage lautete die Antwort: „Der Einfluss der Planungsänderungen auf den Nutzen-Kosten-Index ist ohne vertiefte Untersuchungen nicht abzuschätzen.“

Doch das NRW-Verkehrsministerium behauptete keck, alle Voraussetzungen lägen vor. Die SPD im Landtag hatte rechtliche Bedenken. Das Bündnis Verkehrswende prüft rechtliche Schritte gegen die Aufnahme und wird weiterhin den Widerstand gegen das Projekt organisieren.

Spannend wird, wie der neue Rat künftig mit notwendigen Folgebeschlüssen umgehen will. Die Tunnelbefürworter haben seit der Kommunalwahl unter den demokratischen Parteien keine Mehrheit mehr.

Ach ja, und sollte das nächste großwahnsinnige Projekt tatsächlich kommen, nämlich Olympia, dann wäre womöglich genau zu dieser Zeit die ganze Innenstadt für den Ost-West-Tunnel aufgerissen - Kölner Politik wie sie liebt und lebt.

Schulwaldrettung Teil 2 – große Niederlage, ganz kleiner Teilerfolg

Wie im letzten forum berichtet kämpft die Schulgemeinde der Max-Ernst-Gesamtschule (MEG) um den Erhalt des Schulwaldes. Die neuesten Entwicklungen und ein kritischer Blick auf den Bau neuer Gesamtschulen/Schulen im Kölner Westen. // **Ines Bartenstein, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Köln**

Zur Erinnerung: Wegen des Neubaus der Grundschule Kunterbunt, die sich mit der MEG ein Gelände teilt und wegen des – angeblich perspektivisch erforderlichen – Ausbaus zur Sechszügigkeit der Gesamtschule muss der Schulwald weichen, um Platz für Neubauten zu schaffen. (Zum besseren Verständnis: Auf dem Schulgelände gibt es viele Baumgruppen, der größte zusammenhängende Teil wird als Schulwald oder auch „Wäldchen“ bezeichnet.)

Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte hatten sich im letzten Jahr sehr für den Erhalt des Wäldchens eingesetzt. So kam es zu einem vermeintlichen Kompromiss, über den die dort anwesenden Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern bei der Bezirksvertretungssitzung in Ehrenfeld im Herbst informiert wurden. Die Parteien dankten vor allem den Schüler*innen für ihren Einsatz. Viel Lob gab es für die gefundene „Lösung“ auch in der Presse. Und vor allem die Schüler*innen waren über den Kompromiss froh.

Analyse des „Kompromisses“

Von 51 Bäumen sollten 29 erhalten bleiben, hieß es. 13 – hochwertige – Bäume sollen später auf einem der Schulhöfe angepflanzt werden. Klang erstmal gut. Obwohl auch die Bezugsgröße von 51 Bäumen ziemlich viele Fragen aufwarf – es gibt viel mehr Bäume auf dem Gelände – suggerierte das Wording, dass zumindest ein Teil des Wäldchens stehenbleiben würde.

Dem ist aber nicht so.

Auf dem Schulgelände stehen/standen ca. 315 Bäume. Die Schule liegt am Militärring, der zu beiden Seiten von Bäumen umgeben ist, von denen sich eben auch viele auf dem Schulareal befinden und in Baumgruppen den Zaun zum Militärring hin säumen.

Nach den Herbstferien kam es zu einem bösen Erwachen. Da machte die Stadt nämlich auf zwei Schulhöfen Tabula Rasa, indem sie 35 Bäume, die vor Jahren auf zwei Schulhöfen neu angepflanzt worden waren, fällte. Von denen war vorher gar keine Rede gewesen. Diese Bäume müssen wohl für Con-

tainer, Baumaschinen, Zufahrtswege weg, aber dass sie alle gefällt werden würden, war nicht klar. Von der jetzigen Optik her sieht es eher so aus, als ob die Baufirma einfach nur erst mal alles weghaben wollte. Außerdem: Die 13 Bäume, die laut Kompromiss später auf einem Schulhof neu gepflanzt werden sollen, sind dann eigentlich nur als Ersatz für die vorher auf genau diesem Schulhof gefälltten Bäume zu betrachten. Was bei der sogenannten Kompromisslösung nicht kommuniziert wurde.

Dann gab es weitere Neuigkeiten. In den Herbstferien wird die zweite Phase der Fällungen beginnen. Man hört, dass die Stadt sich vorsorglich die Erlaubnis für die Fällung aller Bäume auf dem Gelände bis auf zwei eingeholt hat.

Wie viel Bäume bleiben also – wenn es „gut“ läuft – erhalten? 9 Platanen (am Grundstückrand zum Ollenhauer Ring hin gelegen) und 29 weitere Bäume. Von insgesamt 315 Bäumen werden also – so die momentane Planung – 38 stehenbleiben. Es ist davon auszugehen, dass wegen eines Neubaus auf einem weiteren Schulhof auch der ganze Rest abgeholzt wird. Zumindest überwiegend. Vielleicht werden am Zaun selbst ein paar Bäume nicht gefällt werden.

Das eigentliche Wäldchen wird wohl ganz wegkommen. Die 29 Bäume, die die Stadt laut Kompromiss erhalten will, liegen, bis auf einige wenige, im Landschaftsschutzgebiet. Und die hätte die Stadt ohnehin nicht hätte fällen dürfen. (Gibt es das Schutzgebiet noch? Oder wurde es auch zu Bauland erklärt?)

Einzigiger Erfolg: Einige Bäume neben dem Hauptgebäude sollten eigentlich auch gefällt werden, hier hat die Stadt eine andere Lösung gefunden, diese werden allerdings zu den 29 Bäumen gezählt, die stehenbleiben dürfen. Pikantes Detail: Da mehrere Ämter involviert sind, weiß die eine Hand nicht immer, was die andere tut. So wurde z.B. eine Platane, die nicht gefällt werden soll, irrtümlich zur Fällung markiert.

Dass wegen der Neubauten auf dem ganzen Gelände Bäume gefällt werden würden, war im Prinzip klar. Dass tatsächliche Ausmaß schockiert jedoch.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der erzielte Kompromiss eine Lösung suggerierte, um weitere Proteste zu verhindern. Die Formulierung „Von 51 Bäumen bleiben 29 erhalten“, die insbesondere bei den Schüler*innen so viel Hoffnung weckte, stellt einen Betrug dar, eine irreführende Täuschung.

Und nun?

Das Kollegium steht jetzt vor einem großen Problem. Zum einen muss – spätestens im Herbst – die Enttäuschung der Schüler*innen, deren Einsatz die Bezirksvertreter*innen noch so gelobt hatten, aufgefangen werden. Zum anderen: Wie soll vermittelt werden, dass es wichtig und möglich ist, sich in einer Demokratie für Interessen einzusetzen? Dass Demokratie keine Staatsform ist, in der „die da oben“ alles bestimmen, sondern eben die Möglichkeit der Einflussnahme „von unten“ beinhaltet? Wie soll das gehen, wenn Schüler*innen bereits bei ihrer ersten Ausübung politischer Rechte erfahren, dass sie getäuscht werden? Dass man oft erfolglos bleibt, wenn man sich für z.B. den Umweltschutz einsetzt, das ist hier nicht das Hauptproblem. Es ist vor allem die fehlende ehrliche Kommunikation der Verwaltung.

Warum die Zahl von Gesamtschulen im Kölner Westen ein Problem ist

Der Ausbau von Gesamtschulplätzen ist natürlich richtig. Aber warum vor allem im Kölner Westen? Im Bezirk Ehrenfeld/Lindenthal gibt es bereits sechs Gesamtschulen. Außerdem gibt es noch die Gesamtschule in Nippes (eigentlich Longerich), die für Eltern, die in den Außenbezirken Ehrenfelds leben, eine weitere Option darstellt.

Neu hinzukommen soll nun die Gesamtschule (bzw. eine Schule) Am Lindweiler Hof. Dazu später.

Im Dezember war zu lesen, dass die Stadt die Anmeldungen für das Schuljahr 26/27 an der Gesamtschule Wasseramselweg beschränken wollte. Und zwar von sechs auf vier Züge. Begründung: Unter anderem die Gesamtschule Lindenthal hätte Probleme,

Plätze zu füllen. Diese Probleme bei der Anmeldung zum neuen Schuljahr haben vermutlich alle Gesamtschule in der Region. An der MEG konnten die Plätze im Anmeldeverfahren für das neue Schuljahr zum zweiten Mal erst im zweiten Anmeldeverfahren (knapp) gefüllt werden.

Es ist einfach so: Es fehlen in Ehrenfeld / Lindenthal keine Gesamtschulplätze. Im Gegenteil, es gibt zu viele. Wird die Stadt Buslinien ausbauen, die von Kalk / Mülheim / Porz etc. Kinder zu Gesamtschulen in den Kölner Westen bringen? An Gesamtschulen, die – wohl gemerkt – noch nicht einmal zentral liegen, sondern eher in Außenbezirken?

Die Gesamtschule/Schule Lindweiler Hof

Nun also noch eine neue Gesamtschule bzw. Schule. Diesmal in Bickendorf. Und zwar auf dem Gelände der Förderschule Lindweiler Hof. Durch den Starkregen 2021 war die Schule so stark beschädigt worden, dass sie ausziehen musste.

Der Totalunternehmer Molesta wird einen Interimsbau errichten, in den das Montessori Gymnasium und die Kita Rochusstraße 145 einziehen soll, damit diese beiden Gebäude saniert werden. Eigentlich eine sinnvolle Maßnahme. Statt jedoch, wie es eine Bickendorfer Initiative gefordert hatte, Containerbauten aufzustellen, soll in den Interimsbau nach drei Jahren eine neue Schule einziehen. Zuerst hatte es geheißsen, dass dies eine weitere neue Gesamtschule sein könnte. Auf der Sondersitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 9.2.26 wurde jedoch klar, dass offenbar nicht mehr von der Notwendigkeit weiterer Gesamtschulen im Bezirk ausgegangen wird. Die zahlreichen Menschen, die aus Protest gegen die Pläne zur Sitzung erschienen waren, wiesen wiederholt darauf hin, dass laut Verwaltung ab 2029 die Schülerzahlen sinken würden. Bezirksbürgermeister Spelthann entgegnete, man könne sich vorstellen, dass z.B. eine Schule, für die die Stadt zurzeit noch teure Mieten an einen Investor zahlen müsse, in den Bau einziehe oder dass weitere zu sanierende Schulen den Interimsbau nutzen könnten.

Die Initiative hatte in den Tagen vor der Sitzung mehr als 1.800 Unterschriften für eine Petition gesammelt. Kritisiert wird z.B., dass das Gelände für 1.000 Schüler*innen viel zu klein sei, es kaum Außenflächen, keine Turnhalle geben werde. Auch die geplanten Retentionsflächen würden nicht ausreichen. Die Anwohner der Rochusstraße/Teichstraße hatten unter den Starkregenschäden der letzten Jahre sehr gelitten, Vorschläge der Initiative für eine bedeutend größere Retentionsfläche wurden jedoch ig-



noriert. Schließlich gibt es noch Kritik an der Architektur des Neubaus selbst, die den Denkmalschutz ignoriere und den Blick auf die Rochuskirche beeinträchtige, den alten Ortskern von Bickendorf also massiv erdrücke.

Fazit

Noch im vergangenen Herbst war der Ausbau zur Sechszügigkeit der MEG als alternativlos dargestellt worden, da Ehrenfeld in

den kommenden Jahren um 20% wachsen würde. Nun scheint es, dass die Verwaltung mit einem Szenarium sinkender Schülerzahlen zu rechnen beginnt. Wird sich in ein paar Jahren zeigen, dass es zum jetzigen Bauvorhaben an der MEG Alternativen hätte geben können – Vorschläge gab es –, die die Fällung von so vielen Bäumen überflüssig gemacht hätten?

Das wäre mehr als bitter.



Blick aus dem Fenster auf einen Teil des Schulwaldes.

Aachen – Dom-Schatzkammer – Printen

Über den Besuch der Aktiven Ruheständler*innen in der Kur- und Karlsstadt
// **Helga Pennartz, Aktive Ruheständler*innen der GEW Köln**



Wir, 21 Senior*innen der GEW Köln und Rhein-Berg, starteten mit der Bundesbahn nach Aachen. Der Zug war leider verspätet, so dass wir nur im Eilschritt zu unseren Führungen im Dom und der Schatzkammer gelangten. Der Aachener Dom zählt zu den herausragendsten Bauwerken des frühen Mittelalters. Der älteste Teil des Doms geht auf Karl den Großen (um 800 n. Chr.) zurück und ist architektonisch ein Höhepunkt der Karolingerzeit. Das im Zentrum des Doms gelegene Oktogon wurde gegen Ende des 8. Jahrhunderts nach byzantinischen Vorbildern (z.B. San Vitale in Ravenna) als Kapelle der Aachener Kaiserpfalz errichtet. Diese Pfalzkapelle Karls des Großen war über 200 Jahre lang nördlich der Alpen in ihrer Höhe und Gewölbeweite unübertroffen.

Aachen als Krönungsort

Mehr als 30 römisch-deutsche Könige wurden im Dom zu Aachen zwischen 936 und 1531 gekrönt. Diese brachten der Stadt Geschenke mit. Hier sind besonders zu erwähnen ein Leuchter von Kaiser Barbarossa, der an das heilige Jerusalem erinnern soll und eine kupfervergoldete, mit Edelsteinen reich geschmückte Kanzel Heinrich II.

Im Obergeschoss gegenüber dem Chor, steht der Aachener Königsthron. Der karolingische Thron besteht aus vier mit bronzenen Klammern zusammengehaltenen Marmorplatten, die nach den neueren Untersuchungen ebenso wie die Stufen um 800 aus der Grabeskirche in Jerusalem entnommen wurden. Auf einer der beiden seitlichen Platten finden sich feine, eingeritzte Linien, die wohl als Spielfeld für ein antikes Mühlespiel dienten.

Weltkulturerbe

Die Domschatzkammer gehört zusammen mit dem Dom zum UNESCO-Welterbe und gilt als eine der bedeutendsten kirchlichen Schatzkammern nördlich der Alpen. Hier sind auf drei Etagen rund 130 Kunstwerke ausgestellt. Als besondere Schätze gelten:

- **Das Lotharkreuz:** Ein reich verzierter Kreuzaltar aus dem 10. Jahrhundert, ein Meisterwerk der mittelalterlichen Gold- und Juwelierkunst.
- **Karlsbüste:** Prunkvoll gearbeitete Reliquienbüste mit Schädelresten Karls des Großen (um 1350).
- **Proserpina-Sarkophag:** Antiker Marmorsarkophag, in dem Karl der Große zunächst bestattet wurde.

Stärkung mit Gildebrot und Printen

Das Gebäude des Alt-Aachener Café van den Daele entstand 1655. Aus damals vier Häusern gibt es seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Café mit Spezialitäten, u.a. Printen und belgischem Reisfladen. Nachdem wir uns in diesem Café gestärkt hatten, ging unsere Reisegruppe zur Printenbäckerei Klein. Ein printenähnliches Gebäck – ein sogenanntes Gildebrot – sollen im Mittelalter die Pilger als Willkommensgruß in Aachen erhalten haben. Erst im 19. Jahrhundert entwickelten sich daraus die Aachener Printen-Bäckereien. Gestärkt mit allerlei Printen begaben wir uns zum Bahnhof, um festzustellen, der vorgesehene Zug nach Köln fiel ersatzlos aus. Mit 45minütiger Verspätung ging es weiter. Eine Fahrt mit der Bundesbahn ist immer wieder ein Erlebnis, denn der Anschlusszug nach Bergisch Gladbach, den einige Mitreisenden nutzen wollten, fiel ebenfalls für weitere 60 Minuten aus.

„Künstlerinnen von Monjé bis Münter“

Bericht zur Ausstellung von Friederike Kirch (Text) und Nanny Gatzten-Stadter (Fotos), Aktive Ruheständler*innen

An einem eiskalten, schönen Wintertag trafen sich die aktiven Ruheständler*innen am Kunstpalast Düsseldorf, um die Ausstellung „Künstlerinnen von Monjé bis Münter“ zu besuchen.

Der Kunstpalast zeigt in dieser Ausstellung die Werke von 31 Künstlerinnen, die im 19. Jahrhundert in Düsseldorf gelebt und gearbeitet haben. Man geht von etwa 500 Künstlerinnen aus, davon sind aber nur von diesen 31 Künstlerinnen Werke bekannt.

Diskriminierung von Frauen

Frauen hatten es im 19. Jahrhundert sehr schwer als Künstlerinnen Anerkennung zu bekommen. So durften sie nicht an der von Wilhelm von Schadow gegründeten Malerschule studieren, da er nichts von studierenden Frauen hielt. Dennoch unterrichtete er begüterte Frauen privat.

Da Erwerbstätigkeit für verheiratete Frauen in bürgerlichen Kreisen als unangemessen galt, blieben viele Künstlerinnen wie Amalie Bensinger unverheiratet und verpflichteten sich der Kunst. Erfolgreiche verheiratete Künstlerinnen hatten oft einen Künstler zum Mann wie Hermine Stilke oder Alwine Schroedter. Ihre Männer ließen die künstlerische Tätigkeit zu, unterstützten sie aber nicht. So malte Alwine Schroeter

vor allen Dingen Blumen. Bei Elisabeth von Jerichau-Baumann war es umgekehrt, die neunfache Mutter war sehr bekannt, reiste viel und verhalf so auch ihrem Mann zu Berühmtheit.

Emanzipation ...

In der Mitte des 19. Jahrhunderts kamen auch viele Künstlerinnen aus Skandinavien nach Düsseldorf, wie etwa Amalie Lindgren, Victoria Aberg, Sophia Ribbing, Christiane Schreiber oder Mathilde Dietrichson. Sie lebten recht frei in Düsseldorf in WGs, rauchten, trugen die Haare offen und kein Korsett. Als Motive für ihre Bilder wählten sie vor allem solche aus ihrer Heimat.

... durch die Revolution

Ab 1919 waren Frauen nach dem Gesetz gleichgestellt und die Kunstakademien mussten sich auch für sie öffnen. In Düsseldorf verlief dieser Prozess allerdings sehr langsam und so ging Gabriele Münter für ihre Ausbildung nach München.

Insgesamt war es eine sehenswerte und interessante Ausstellung mit wunderschönen Gemälden.



Düsseldorf Porträts



„Emanzipation“



Von Monjé bis Münter

Sie zeigten ihre Werke in großen Ausstellungen, wurden von der Presse gefeiert und gewannen Preise – dennoch verschwanden die meisten Künstlerinnen aus dem kollektiven Gedächtnis.

Der Zugang zu den Kunstakademien war Frauen über weite Teile des 19. Jahrhunderts verwehrt, auch in Düsseldorf. Rückblickend berichtete Akademiedirektor Wilhelm von Schadow über seinen Amtsantritt 1827: »Außer einigen schlechten Malern fand ich noch schlechtere Malerinnen in der Akademie vor, die ich von nun an von dem Unterricht ausschloss«.

Die Kunstakademie entwickelte sich zu einer der bedeutendsten Mitteleuropas. Der gute Ruf der »Kunststadt« zog trotz des Ausschlusses Studentinnen aus dem In- und Ausland an, die kostspieligen Privatunterricht bei den Professoren nahmen. Bis 1919, als sich die Institution schrittweise für sie öffnete, lebten und arbeiteten mindestens 500 Malerinnen, Bildhauerinnen und Gestalterinnen in Düsseldorf.

Basierend auf einem mehrjährigen Forschungsprojekt stellt diese Ausstellung erstmals 31 Künstlerinnen dieser Zeit vor und zeichnet ihre Wege in einer männerdominierten Kunstwelt nach. Im Mittelpunkt der Präsentation stehen ihre Werke, ihre Arbeitsbedingungen und Karrierestrategien sowie ihre Entschlossenheit, ihr Können zu beweisen. Die Ausstellung lädt dazu ein, die vollkommen zu Unrecht vergessenen Künstlerinnen wiederzuentdecken – und damit ein neues Kapitel der Kunstgeschichte aufzuschlagen.

Biografien der Künstlerinnen finden Sie in der Kunstpalast-App.

Women Artists! From Monjé

They exhibited their work in major shows, were celebrated awards – yet most women artists vanished from collective memory. Throughout much of the 19th century, women were denied access to art education in Düsseldorf. Reflecting on his appointment as director of the Düsseldorf Art Academy, Wilhelm von Schadow recalled: "Apart from a few bad painters, I found no women artists in the academy, whom I henceforth excluded from formal education." The Düsseldorf Art Academy went on to become one of the most important in Central Europe. Despite being barred from formal education, the academy for its flourishing art scene attracted women from across Germany who took costly private lessons from academy professors. Gradually, the academy began opening its doors to women, at least in design and drawing. By the late 19th century, women had lived and worked in Düsseldorf. Based on a multi-year research project, this exhibition presents this period for the first time and traces their paths in art history. At the centre of the presentation are their artworks, biographies, and their determination to demonstrate their talent to visitors to rediscover these unjustly forgotten artists in art history.

Biographies of the artists can be found in the Kunstpalast-App.

Diskriminierung von Frauen“

Anwendungszweck	Alternative(n) für	Linux-Programme (Auswahl)
Office	Microsoft Office	LibreOffice, OnlyOffice, Collabora Office, WPS Office, FreeOffice, u.a.
pdf-Bearbeitung	Adobe Acrobat Pro	LibreOffice Draw, Master PDF Editor
Fotobearbeitung	Adobe Photoshop	GIMP, Krita
Grafik	Adobe Illustrator	Inkscape
Desktop Publishing	Adobe Indesign	Scribus
Videobearbeitung	Adobe Premiere	OpenShot, Kdenlive, DaVinci Resolve, Shotcut, u.a.
Bildverwaltung	Adobe Lightroom	Darktable
Audio-Bearbeitung	Adobe Audition	Audacity, Tenacity, Ardour

Alle Links
am Ende
des Artikels

Digital nachhaltig, werbefrei und unter eigener Kontrolle!?

Ein kleiner Leitfaden zum Umstieg von Windows auf Linux
// **Catie Keßler, Mitglied der GEW Köln**

Sind Sie bereit für einen neuen PC?“, fragt Microsoft. Mit dem Ende von Windows 10 hat Microsoft „400 Millionen Rechner“ zu „Elektroschrott“ deklariert. Nach Schätzungen der Verbrauchergruppe PIRG könnte das Ende von Windows 10 zu etwa 725.000 Tonnen Elektroschrott führen (Der Standard, 17.10.25).

Doch vielleicht ist gar kein neuer PC vonnöten, sondern der alte kann problemlos noch jahrelang weiter genutzt werden. Dann zwar nicht mehr mit Windows, wohl aber mit einem anderen Betriebssystem, das auf fast jedem PC laufen kann: Linux!

Kleine Entscheidungshilfe: Ist Linux für mich geeignet?

Gegenüber Windows hat Linux zwar sehr viele Vorteile, jedoch auch einige Nachteile. Kommen wir zunächst zu den Nachteilen, weil da eventuell ein individueller Auschlussgrund dabei sein könnte:

Die (kommerzielle) Software-Entwicklung ist sehr stark auf Windows ausgerichtet. Sehr viele Programme gibt es zwar ebenso für Linux und für andere wiederum gibt es gleichwertige oder oft auch bessere Alternativen (s.u. „Software für Linux“). Bestimmte Programme laufen jedoch unter Linux nicht (oder nur über aufwendige Umwege). Das betrifft vor allem Microsoft Office (nur online nutzbar) und die Software aus der Adobe Suite.

So „bleibt das Softwareangebot eine der verbliebenen Hürden: Viele klassische Programme, die man von Windows gewohnt ist, gibt es unter Linux schlicht nicht. Wer etwa für den „Job fix“ von spezifischen Tools aus dem Profibereich abhängig ist, der wird mit dem freien Betriebssystem nicht glücklich werden.“ (<https://www.derstandard.at/story/3000000256195/das-ende-von-windows-10-ist-der-beste-anlass-endlich-auf-linux-zu-wechseln>) Solltest Du auf genau dieses bestimmte Programm angewiesen sein, wird es mit Linux schwierig. Für viele Programme gibt es aber Alternativen und grundsätzlich ist die Installation von Software und von Updates sogar einfacher als unter Windows.

Eine weitere Bedingung, damit Linux Sinn macht, ist: Es muss eine gewisse Bereitschaft bestehen, sich umzugewöhnen: „Wer umsteigen möchte und dabei dasselbe wie vorher erwartet, hat von Anfang an verloren. Windows ist nicht Linux, ist nicht MacOS, ist nicht Android, ist nicht iOS. Der Wechsel des Betriebssystems (...) erfordert eine offene Haltung für Neues. Wer mit Freude und Entdeckergeist den Umstieg in Angriff nimmt, hat gewonnen.“ (<https://gnu-linux.ch/zum-wochenende-von-windows->

zu-linux-umsteigen-1) Um Linux zu nutzen sind eigene Entscheidungen nötig (weil nicht alles vorgegeben ist, sondern es Auswahl gibt). Für manche kann das zur „Qual der Wahl“ werden...

Vorteile

Demgegenüber stehen aber eine ganze Reihe von Vorteilen:

1. weniger Ressourcenverbrauch, schnelleres System: Linux funktioniert auf (fast) jedem Gerät, auch auf (sehr) alten und/oder schwachen Computern (z.B. mit wenig Arbeitsspeicher). Auch auf moderneren Geräten wird das System daher schneller laufen als Windows.
2. keine Werbung (dagegen fühlt man sich als „Windows-Nutzer zwischenzeitlich wie auf einer Kaffeefahrt: Ständig poppt Werbung hoch – im Startmenü oder anderswo, oft für dubiose Software, in letzter Zeit vor allem für zweifelhafte KI-Funktionen.“ (c't 18/2025, S. 12)
3. besserer Datenschutz & Privatsphäre, Kontrolle über die eigenen Daten („Bei

**Mit dem Ende von
Windows 10 macht
Microsoft aus
400 Millionen Rechnern
(das entspricht 725.000
Tonnen!) Elektroschrott.**

Windows und macOS musst du ständig im Blick behalten, welche Daten in die Clouds von Silicon Valley fließen – sei es fürs KI-Training oder angebliche »Nutzungsverbesserungen« <https://www.kuketz-blog.de/unplugtrump-mach-dich-digital-unabhaengig-von-trump-und-big-tech/>)

- 4. keine „Bloatware“ (d.h. keine überflüssigen, vorinstallierten, aufdringlichen Programme à la Candy Crush, Facebook oder „Giftbox“ des Herstellers), aber es gibt eine sinnvolle Auswahl an vorinstallierter Software.
- 5. Linux ist i.d.R. Kostenlos.
- 6. Linux lässt sich i.d.R. auch ohne Installation ausprobieren.
- 7. Linux bietet sehr viele Möglichkeiten, das System nach seinen eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen anzupassen.

Wer jetzt erwägt, auf Linux umzusteigen, muss nun eine erste Entscheidung treffen:

„Welches Linux hätten Sie denn gern?“

Anders als bei Windows und MacOS gibt es nicht „das eine“ Linux, sondern hunderte verschiedene (https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Linux-Distributionen). Wer Linux installieren möchte, muss sich daher orientieren, welches Linux es sein soll (welche „Distribution“ und ggf. welcher „Desktop“ – siehe Infokasten). Eine etablierte Entscheidungshilfe ist dabei der „Distrochooser“ (<https://distrochooser.de/de>), eine Art Online-Fragebogen, der am Ende Empfehlungen ausspuckt. Ganz neu gibt es auch den „Linux Chooser“ (<https://themorpheus407.github.io/LinuxChooser/>).

Wer grundsätzlich mit der Bedienlogik von Windows (Startmenü, Leiste, Ablage auf dem Desktop, usw.) zufrieden ist, dürfte mit Linux Mint (<https://www.linuxmint.com>) oder ZorinOS (<https://zorin.com/os/>) gut zurecht kommen. Es gibt aber auch andere Distros, die optisch eher an MacOS angelehnt sind, oder etwas völlig Anderes bieten. Das prominenteste Beispiel ist hier Ubuntu (<https://ubuntu.com/desktop>), dessen Standard-Oberfläche eher an die von Smartphones erinnert.

Eine Top-Empfehlung für Einsteiger, die einfach ein stabiles System und einen leichten Einstieg haben möchten, ist sicherlich Linux Mint. Daher werde ich mich im Folgenden in den Beispielen vor allem darauf beziehen. Wem das zu langweilig ist und wer experimentierfreudiger ist, kann aber auch eine andere Distro wählen oder ver-

schiedene ausprobieren. Um sich verschiedene Distros völlig unverbindlich einfach mal anzusehen ist die einfachste Möglichkeit <https://distrosea.com>: Der Service ermöglicht es, Linux-Distributionen im Browser auszuprobieren.

Linux ausprobieren und installieren

Die Installation erfordert folgende Schritte: 1. Daten sichern (Dateien und ggf. Lesezeichen, Passwörter usw. vom alten System 2. System-Datei (*.iso-Format) der gewünschten Linux-Distro herunterladen 3. Boot-Stick erstellen (unter Windows am einfachsten mit <https://etcher.balena.io/>) 4. fertigen Stick einstecken und beim Start im BIOS Bootreihenfolge ändern (und ggf. Secure Boot und Fastboot deaktivieren) bzw. im Bootmenü den Stick auswählen 5. Linux startet als „Live-System“ und kann in diesem Rahmen in Ruhe ausprobiert werden: Wenn alles soweit funktioniert (Wlan, Sound, Kamera) und Euch gefällt, klickt Ihr auf den „Installieren“-Button auf dem Schreibtisch und das Installationsprogramm startet. Die Installationsprogramme von Linux Mint, Ubuntu und anderen erwähnten Distros sind sehr komfortabel und die meisten Schritte selbsterklärend.

Schritte im einzelnen bzw. anschaulich zu beschreiben, würde hier den Rahmen sprengen. Daher an dieser Stelle nur zwei ausgewählte Empfehlungen für geeignete Videoanleitungen:

Sehr ruhig und anschaulich wird es in diesem Video Schritt für Schritt gezeigt: „Linux Mint Installation - komplette Anleitung mit Bootstick Erstellung“: <https://tube.tchncs.de/w/dc967c3e-9b7c-4ed9-b48e-95bf3bd3ed73>, etwas unterhaltsamer wird es u.a. hier dargestellt „Linux Mint - ganz leicht installiert“ <https://fediserve.de/preview.php?v=isZ8ng5dr9c>

Linux einrichten

Linux Mint und auch andere Distros bieten direkt nach der Installation einen Willkommensassistenten an. Hierüber können direkt einige Einstellungen verwaltet sowie Updates und Backups konfiguriert werden. Darüber hinaus kann hier auch das Tool „Linux-Assistent“ hilfreich sein (<https://www.linux-assistant.org/>), mit dem u.a. auch weitere Messenger wie Signal, weitere Office-Pakete oder weitere Browser sehr einfach nachinstalliert werden können.

Ansonsten ist das Meiste für den Einstieg sinnvoll voreingestellt und es bleibt den Usern selbst überlassen, ob sie das System optisch und funktional noch weiter verändern oder erweitern möchten oder auch nicht. Hier sind fast keine Grenzen gesetzt. Einige erste Schritte werden u.a. in den Videos des Kanals „Linux Guides“ sehr anschaulich gezeigt, u.a. in die-

sem Video: „Linux Mint anpassen und besser nutzen“ (<https://fediserve.de/preview.php?v=a79dnBfvzpo>)

Software für Linux

In der Regel haben die Projekte eine Vorauswahl an Programmen getroffen, die für die meisten User sinnvoll ist. So ist zum Beispiel ein Browser vorinstalliert (meist Firefox), ein Office-Paket (meist LibreOffice), ein Bildbetrachter, ein Audio-/Videoplayer und ein pdf-Viewer sowie ein Dateimanager und ein paar Zubehör-Tools wie Taschenrechner u.ä. Im Detail wird es in diesem Artikel am Beispiel Linux Mint gezeigt: <https://gnulinux.ch/von-windows-zu-linux-umsteigen-3>

Verschafft Euch also nach der Installation zunächst mal einen Überblick, welche Programme dabei sind und ob sie für Euch passen. Der Anteil an Programmen, die Ihr nicht brauchen werdet, sollte sehr gering sein (d.h. keine „Bloatware“). Sonst könnt ihr alle Programme, die Ihr nicht braucht, auch schnell wieder loswerden (in Linux Mint z.B. im Startmenü mit Rechtsklick auf „Deinstallieren“) und sie kommen auch nicht ungefragt zurück.

Software zu installieren ist grundsätzlich mit Linux wesentlich einfacher als unter Windows. Es gibt bei allen Distros, die sich (auch) an Einsteiger wenden, eine Art „App-Store“ wie von iOS oder Android bekannt, bei Linux Mint die sogenannte „Anwendungsverwaltung“ (siehe Bild). Dies ist die Software, die vom Linux Mint-Projekt kuratiert und auch mit Updates versorgt wird.

Dort kannst Du nach Kategorien durchstöbern bzw. Anwendungen gezielt suchen und dann per Klick installieren (oder auch deinstallieren). Alle großen, modernen Linux-Distros haben einen solchen Service.

Das ist der einfachste und zu bevorzugende Weg, um Programme zu installieren. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten, wenn das gewünschte Programm dort nicht enthalten ist: Einige Software-Produzenten bieten ihr Programm auf ihrer Homepage oder auf github oder ähnlichen Seiten zum Download an (z.B. Linux-Assistent). Das kann zum einen

**Bei Bedarf lässt sich
sicher auch ein Austausch
oder ein Kurs im
GEW-Rahmen
organisieren. Fragt bei
Interesse gerne bei der
Redaktion des „forum“
an.**

Ein paar Fachbegriffe:

Distribution („Distro“) = Eine „Distro“ entspricht dem Gesamtpaket, d.h. das Betriebssystem und eine Vorauswahl an Programmen. (Relativ) bekannte Distributionen sind Linux Mint, Ubuntu, Open Suse, Debian.

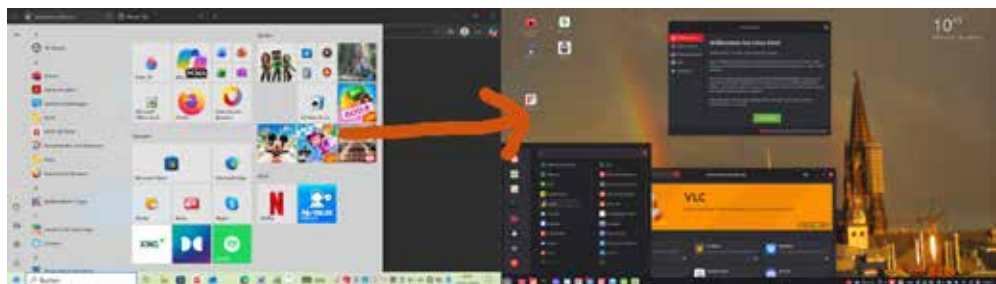
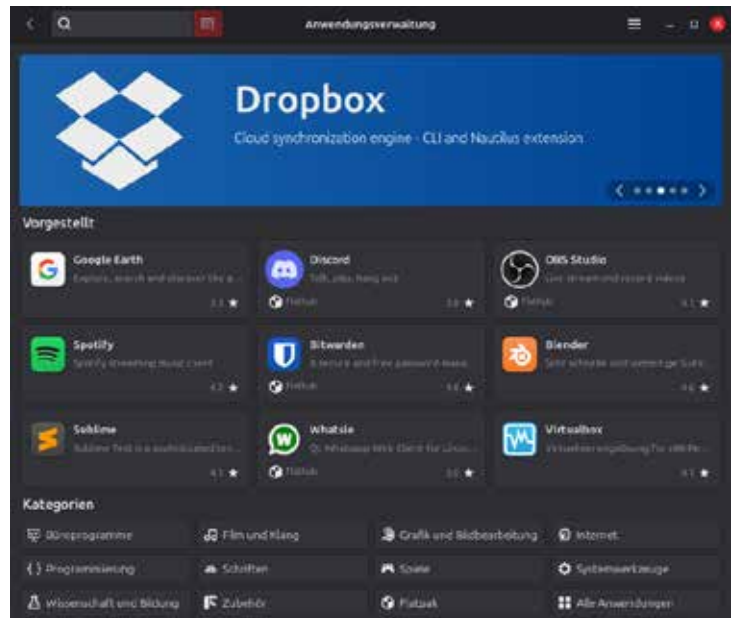
„Desktop“-Umgebung = Benutzeroberflächen, die zum einen die Optik, zum anderen die Workflows bestimmen. Bekannte Linux-„Desktops“ sind Cinnamon, Gnome, KDE, XFCE, Unity. Sie unterscheiden sich auch in Bezug auf Einstellungsmöglichkeiten und die Systemanforderungen/ Geschwindigkeit

„Live-System“ = Das Betriebssystem wird (i.d.R. von einem USB-Stick aus) gestartet („gebootet“), ohne dass es installiert wird. Das bestehende System bleibt davon unberührt.

eine Datei im Format *.deb sein: Diese kann wie unter Windows gewohnt wie eine *.exe-Datei heruntergeladen und per Doppelklick installiert werden. Ein weiteres Format ist *.appimage, das ähnlich wie portable Programme unter Windows funktioniert. Diese AppImage-Datei wird ebenfalls heruntergeladen (z.B. hier: <https://freetubeapp.io/#download>), dann im Dateimanager per Rechtsklick > Eigenschaften > Zugriffsrechte > „Der Datei erlauben sie als Programm auszuführen“ als Programm aktiviert und kann dann per Doppelklick auf die Datei gestartet werden.

...altbekannte und neue Programme finden

Viele kommerzielle Programme und Tools gibt es auch für Linux. So werden z.B. Zoom, Spotify, Dropbox, Discord, u.v.m. auch als offizielle Linux-Programme angeboten und sind in Linux Mint mit einem Klick installierbar. Für andere gibt es inoffizielle Programme (z.B. WhatSie für WhatsApp, Prism als Minecraft Launcher, Portal für Teams) und/oder sie sind online im Browser nutzbar (z.B. M365, pdf24).



Wenn Euch das vorinstallierte Office-Paket nicht zusagt, könnt Ihr auch einige weitere Optionen austesten (siehe Tabelle). Für die Adobe Suite gibt es zwar kein alternatives Gesamt-Paket, für die einzelnen Anwendungen wie Photoshop jedoch mindestens eine, oft auch mehrere alternative Programme, die zum Großteil auch für (semi-)professionelle Anwendungszwecke genügen (siehe auch <https://itsfoss.com/adobe-alternatives-linux/>).

Auch in Sachen „Gaming“, das lange als absolute Windows-Bastion galt, hat Linux in den letzten Jahren enorm aufgeholt: Es gibt immer mehr Spiele nativ für Linux und immer mehr Windows-Spiele, die (bspw. über „Steam“) sehr gut unter Linux laufen (manche behaupten sogar „Windows-Spiele laufen besser unter Linux (wirklich!)“: <https://peertube.heise.de/w/9gfnvuokRdXDnfDJxJFCrn>). Aktuelle Infos zu konkreten Spielen sind über die protondb (<https://www.protondb.com/>) abrufbar.

Sehr hilfreich bei der Suche nach Software-Alternativen kann auch die Seite <https://alternativeto.net/> sein. (hier die Ergebnisse nach „Linux“ filtern). Auch wer bei Windows/MacOS bleibt, kann darüber so einige sinnvolle Alternativen entdecken: Einen Blick wert sind auf jeden Fall OBS-Studio, Blender, vlc-Player, FreeTube u.v.m.

Hilfe und Austausch zu Linux

Auch für Hilfe und Austausch gibt es nicht die eine Anlaufstelle, aber viele Menschen

und Organisationen, die sich hier engagieren: Hilfsangebote bei der Installation sind über endof10.org/de zu finden. Unter anderem die VHS Köln und die VHS Leverkusen bieten auch Installationshilfe im Kursformat an. Auf Youtube und Peertube gibt es etliche Anleitungsvideos. Wer Online strukturierte Hilfen sucht, findet diese v.a. in Foren, deutschsprachig z.B. ubuntusers.de, linuxmintusers.de und forum.linuxguides.de. Zu den großen Distributionen wie Linux Mint und Ubuntu gibt es auch Bücher/ E-Books, die u.a. auch in der Stadtbibliothek erhältlich sind.

Bei Bedarf lässt sich sicher auch ein Austausch oder ein Kurs im GEW-Rahmen organisieren. Fragt bei Interesse gerne bei der Redaktion des „forum“ an.

Linkliste zum Artikel:

Kurzlink: https://tny.lv/linkliste_linux



Politik bekräftigt ihre Solidarität – Kolleg*innen fordern Solidarität von der GEW

Informationsveranstaltung am 10. Februar zur aktuellen Situation in Rojava (Nordsyrien) im DGB-Haus



Online-Schalte mit Qamishlo (Region Rojava) im großen Saal des DGB

Im Raum herrschte Stille, als Berivan Omar, Co-Bürgermeisterin der Stadt Qamishlo und Sultan Xusho, die Vorsitzende der NGO WJAS (Stiftung der freien Frau in Syrien) und online aus Syrien zugeschaltet, über die tagesaktuelle Situation in ihrer Stadt Auskunft gab. Qamishlo, ist eine Stadt mit ca. 500 000 Einwohnern, die innerhalb weniger Tage mehr als 100 000 Flüchtlinge aus den von den islamistischen Truppen der syrischen Übergangsregierung eroberten Städten aufnehmen und versorgen musste. Die „Vereinbarung“ mit der neuen syrischen Übergangsregierung, der die Regierung der kurdischen unabhängigen Provinz zugestimmt hat, war nur durch den reinen Wunsch zu überleben, zustande gekommen. Nach wie vor sei die politische Zukunft der Selbstverwaltungsstrukturen in Nord- und Ostsyrien mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Die Vorsitzende von WJAS, Sultan Xusho, berichtete über die radikal demokratische Organisation der Stiftung und die täglichen Herausforderungen in der Arbeit mit den Flüchtlingen, Kriegswaisen und Vertriebenen. Sie berichtete, dass bereits zum Zeitpunkt der Angriffe in Aleppo ihre Büros vollständig zerstört worden seien. Die Arbeit in Orten außerhalb von Rojava sei seitdem massiv erschwert, teilweise sogar unmöglich geworden.

Sie seien dringend auf internationale Unterstützung angewiesen, um ihre Arbeit im Rahmen der Stiftung für die syrischen Frauen und Mädchen fortzuführen, aber auch um die Selbstverwaltungsstrukturen in Nord- und Nordostsyrien zu erhalten. Die anwesenden Kölner Fachpolitiker*innen Ayfer Ersöz (SPD), Heiner Kockerbeck (Die Linke) und Andreas Wolter (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) versprochen, sich für kurzfristige humanitäre Unterstützung durch die Stadt Köln einzusetzen. Eine Lösung für die Sicherheit und Freiheit dieser autonomen Republik aber erfordere mehr, waren das Plenum sich einig: Langfristig sei eine durch die Kölner Politik gestützte Sicherheitserklärung beispielsweise durch Städtepartnerschaften, gemeinsame Projekte und Aktionen notwendig, an der alle gemeinsam arbeiten werden. Interessiert zeigte sich einige an der Planung einer Delegationsreise in die Region in die Region, auch an den Informationen auf einem Büchertisch mit Sprachfibeln in Kurdisch und anderen Informationen zum Thema.

Auch die Situation in anderen Teilen Syriens, in denen Minderheiten leben, kam zur Sprache. Die Veranstalter, die KiMe e.V. (Kinderhilfe Mesopotamien), der Verein Städtepartnerschaft Köln-Qamishlo, der Menschenrechtsverein Türkei Deutschland e.V. (Tüday) und das Kulturforum Türkei-

Europa, zeigten sich jedenfalls sehr zufrieden über den konzentrierten Verlauf des Abends.

Die Kollegin Firdevs Sinemillioglu schrieb daraufhin auch im Namen ihre Kolleg:innen an den Stadtverband: „Angesichts der derart unmenschlichen Ereignisse halte ich es für dringend notwendig, dass wir uns als Gewerkschafter*innen gemeinsam beraten und eine klare Haltung entwickeln. Schweigen oder bloßes Zucken-Nehmen darf für uns keine Option sein. Gerade als Gewerkschaften tragen wir eine besondere gesellschaftliche und politische Verantwortung, menschenfeindlichen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten.“ (ph)



<https://qantara.de/artikel/kurden-syrien-ende-und-neuanfang-zugleich>

Zwischen den Welten

Auszüge aus dem Tagebuch einer Reise nach Israel und Palästina Teil 2.

// Text/Fotos: Peter Heim

„Rechtsstaatlichkeit in einem substantiellen Sinn ist für einen demokratischen Staat eine wesentliche Voraussetzung. In zunehmendem Maße höhlt das Siedlungsprojekt den Rechtsstaat aus.“

Gershon Gorenberg, israelisch-US-amerikanischer Publizist, s. Kasten*

Im ersten Teil berichtete ich aus Israel, aber auch bereits aus Palästina mit dem gewaltfreien Kampf zweier palästinensische Projekte, einer Beduinen-Schule im Dorf Khan al-Ahmar in der judäischen Wüste (19.3.)** und dem Friedensprojekt „Tent of Nations“ (20.3.) der Familie Nasser, gegen die immer weiter sich ausdehnenden Siedlungen um sie herum. Es folgen weitere Berichte über Besuche bei Bildungseinrichtungen und sozialen Projekten mit und für Palästinenser:innen, die die Chancen beschreiben, aber auch immer wieder die großen Spannungen zwischen den Israelis (Sicherheitskräfte und Siedler) illustrieren.

Mittwoch 19.3.

Wir wechseln unsere Unterkunft in die Westbank und wohnen jetzt im Gästehaus der evangelische Schule Talitha Kumi in Beit Jala. Wie hat sich die Situation seit den 90er Jahren verändert! Während ich früher von Jerusalem direkt bis Beit Jala zur Schule durchfahren konnte, gibt es heute verschiedene Checkpoints und Schranken, die aber für die Betroffenen unterschiedlich und scheinbar willkürlich eingerichtet und gehandhabt werden.



Donnerstag 20.3.

Wir haben ein Gespräch mit vier jungen Student:innen in der Katholischen Universität von Bethlehem, eine von insgesamt 9 Einrichtungen im Westjordanland, mit über dreitausend Studierenden, davon knapp 20 % Christen:innen, bei weniger als 2% Anteil (manche sagen inzwischen 1%) in Palästina. Neben einem alten Gebäudeteil wurde ein modernes Uni-Gebäude mit einem attraktiven Außengelände mit dem landesüblichen hellen Stein gebaut.



Dachbereich Bethlehem Uni

Die jungen Leute berichteten von den Schwierigkeiten, die sie alltäglich bei der Durchfahrt durch die zahlreichen israelischen Checkpoints haben. Wenn sie aus ferner liegenden Gegenden des Westjordanlands kommen, sind oft stundenlange Anreisen nötig. Und manchmal ist gar kein Durchkommen wegen eines plötzlich geschlossenen Übergangs: Der Besuch des Seminars fällt aus oder der Weg nach Hause ist versperrt. Wer in unmittelbarer Nähe der Uni wohnt hat Glück.

Dazu kommt die Angst vor den Soldaten, die ganz unterschiedlich, meist „von oben herab“, kontrollieren. Ein Studentin schilderte uns glaubhaft, dass sie gerade an diesem Morgen „Angst um ihr Leben“ hatte, weil ihr ein Soldat die Waffe ins Gesicht hielt. Und das passiere immer wieder. Diese Unsicherheit jeden Tag mache müde: „Every day ist uncertain“. Um so bewundernswerter die Energie, die sie aufbringen, um ihre Bildungskarriere zu befördern. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass einige ein Studium im Ausland anstreben. Berufspläne in Palästina zu verwirklichen ist schwierig.



Bethlehem Uni. 4 Studis

Freitag, 21.3.

Heute gibt es die Gelegenheit, eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung zu besuchen: „Lifegate“, einmalig im ganzen Westjordanland. Hier gibt es alles von der Frühförderung bis zu Berufsausbildung und einschließlich Produktion, also Kindergarten, Schule und Werkstätten, unter einem Dach und auf drei Etagen des gut geplanten Neubaus - bis hin zu einem Schwimmbaden für die Wassertherapie.



Fertige Rollstühle

Und die Produkte der Werkstätten wie z.B. Rollstühle und die Dienstleistungen des Hauses wie der Wäscherei oder die Herstellung orthopädischer Schuhe sind sehr gefragt. Und generieren so auch einige Einnahmen für das Haus. Der Leiter der Einrichtung, Burghard Schunkert, geht bald in den Ruhestand. Fast 40 Jahre arbeitet der Christ mit Leidenschaft für sein Projekt, das von einem Verein in Würzburg maßgeblich gefördert wird.

Die Einrichtung nimmt auch immer wieder Praktikanten und Senior-Experts, die mit ihrer langjährigen Berufserfahrung das Team unterstützen, wie z.B. ein Orthopädie-Schuhmachermeister in Rente, der ehrenamtlich seine handwerklichen Fähigkeiten weitergibt. Bei unserem Besuch war es ein Physiotherapeut aus Deutschland, der den örtlichen Mitarbeiter:innen neue Behandlungsmethoden vorstellte und sie einübte.

Zur Lage im Westjordanland:

„Inzwischen hat sich die Lage im Westjordanland durch den grausamen Angriff der Hamas auf Israel, die extrem harte Reaktion Israels und durch die Ausweitung der illegalen Besetzung, auch durch radikale Siedler, extrem verschärft. Diese Verschärfung ist durch die von den rechtsextremistischen Ministern dominierte israelische Regierung strategisch geplant. Inzwischen versucht aber auch die Hamas, daraus Kapital zu schlagen.“

„Markante Zahlen: Demnach wurden seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 1800 Angriffe gezählt, starben mehr als 860 Palästinenser, davon 185 Kinder. Auf israelischer Seite starben 29 Menschen. Auch aus Bethlehem und Beit Jala erreichen uns in diesen Tagen schreckliche Nachrichten.“

„Nachricht eines Freundes aus Beit Jala: Ich wende mich in meiner Verzweiflung an euch... Leider ist auch die Situation im Westjordanland unerträglich geworden... Die israelische Armee hat damit begonnen, große Eisentore an allen Eingängen zu Städten, Straßen, Dörfern, Nebenstraßen und allen Wegen zu installieren, selbst auf unbefestigten und unwegbaren Straßen. Eine umfassende Abriegelung aller Städte im Westjordanland wurde verfügt.“

Der Bezirk Bethlehem ist mit 89 Kontrolltoren und Hebron mit 112 Toren abgeriegelt. Dutzende von Toren werden auch in Ramallah und Nablus aufgestellt. Das Westjordanland hat sich in ein großes Gefängnis für Palästinenser verwandelt. Die Bewegungsmöglichkeiten palästinensischer Bürger auf Außenstraßen sind massiv eingeschränkt worden. Inzwischen sind alle Städte im Westjordanland voneinander getrennt. Zehntausende Palästinenser sitzen gleichzeitig auf den Straßen des Westjordanlandes fest.“ <https://www.gl-beitjala.net/hilferufe-aus-beitjala/> (Mit Filmmaterial der israelischen Menschenrechtsorganisation „Btselem“ über Siedlergewalt und militärische Eskalation im Westjordanland, arte-TV vom 28.1.2025)

- Zur aktuellen Situation (27.2.2026) von Helga Baumgarten, Prof.in em. Ostjerusalem/Westbank:<https://www.jungewelt.de/artikel/517834.pal%C3%A4stina-die-totale-enteignung.html>
- Zur US-Unterstützung der rechtsnationalistischen Bewegung in Israel: Kreuzzugsmentalität <https://oneway2day.wordpress.com/tag/judea-samaria/>
- Factsheets Siedlungen: <https://www.paxchristi.de/artikel/view/5326096060907520/Factsheets>
- Film von Guy Davidi 2014. 15 Min <https://www.jahalin.org/videos/high-hopes/>
- Zur Traumatisierung durch Vertreibung: <https://fluchtforschung.net/das-tabu-systematischer-palaestinischer-vertreibungserfahrung-und-seinefolgen-fuer-palaestinerinnen-in-deutschland/>



Klasse 7 Schülerin meldet sich/ Unterricht

Samstag, 21.3.

Heute ist unser „Schultag“. Die evangelisch- lutherische Privatschule Dar-al-Kalima hat etwa 400 Schüler:innen und 35 Lehrer:innen und einen Kindergarten und bietet einen Bildungsgang von Klasse 1-12 mit der abschließenden nationalen Hochschulreifeprüfung „Tawjihi“ an. Deutschunterricht ist ab Klasse 1 verpflichtend. Ziel ist das DSD I-Diplom, das unserer B1-Prüfung entspricht. Es gilt als Nachweis der Deutschkenntnisse, die zur Aufnahme an viele Studienkollegs in Deutschland erforderlich sind. Die Schule ist Partner der Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“, gefördert u.a. vom Auswärtigen Amt.

<https://www.pasch-net.de/de/pasch-schulen/schulportraits/asien/pse/dar-al-kalima-evangelical.html>

Wir konnten am Unterricht teilnehmen und nach Rücksprache mit dem Prüfling auch an einer mündlichen Abiturprüfung. Es war erstaunlich, wie sich die Jugendlichen im Unterricht engagieren, der hier auf arabisch stattfand.

Eine Szene bleibt mir besonders in Erinnerung: Eine Schülerin einer 5. Klasse meldete sich in einer Unterrichtsphase besonders ehrgeizig, in anderen ruhigeren schien sie gelangweilt und legte den Kopf sogar auf den Tisch. Später fiel mir auf: Sie hatte kein Schularbeitsheft. Als der Lehrer dies merkte, verlor er ein Heft, das er noch übrig hatte. Denn es waren noch andere, die kein Heft hatten, warum auch immer. Danach gab es kein Halten mehr: Sie freute sich so, dass sie ihre Aktivität noch weiter steigerte...

Eine deutsche Gastlehrerin im Auslandsschuldienst war begeistert von der guten Arbeitsatmosphäre, die sie so von Deutschland nicht kannte. Auch hier berichteten die Kolleg:innen von der schwierigen Anreise jeden Tag und von ihren Ängsten.

In der Schule „Talitha Kumi“ (aramäisch: „Mädchen stehe auf“, in: Mk 5,41) steht der Name inzwischen für Emanzipation und ist Programm: Hier können seit Ende 1852 außer Jungen auch Mädchen Schulabschlüsse erwerben. 900 Schüler:innen und 50 Lehrer:innen arbeiten hier. Der Einstieg in die deutsche und die englische Sprache erfolgt bereits im Kindergarten und wird in der

Grund- und Oberschule fortgesetzt. Ab Klasse 7 können die Schülerinnen und Schüler zwischen dem nationalen Curriculum (Tawjihi) und dem internationalen Curriculum (DIA) wählen.



Talitha Kumi Eingang

Wir konnten an der Verabschiedung der diesjährigen Abiturienten teilnehmen: Sie hatten heute ihren letzten Schultag. In einigen Wochen beginnen die schriftlichen Prüfungen. Seit 2008 gehört Talitha Kumi zu den deutschen Auslandsschulen. Die Schule bietet damit auch den international anerkannten Bildungsabschluss „Deutsche Internationale Abiturprüfung“ (DIA) an. Dies ist verbunden mit der Sprachprüfung für das DSD II-Diplom, das unserer B2/C1-Prüfung entspricht. Diese Qualifikation eröffnet palästinensischen SchülerInnen den Zugang zu Universitäten weltweit! Von 30 Abiturienten wollten in diesem Jahr 13 Schüler:innen ein so genanntes „deutsches Abitur“ machen. Dieses ist wesentlich schwerer als das „einheimische“ palästinensische Abitur Tawjihi. Deshalb wechseln immer wieder Schüler:innen, weil sie da bessere Noten erzielen können -

***Gershom Gorenberg:**

Als Verfechter eines liberalen Zionismus tritt er für eine „Erneuerung“ der israelischen Demokratie ein, wofür er 2012 drei Bedingungen definierte: Erstens müsse Israel den Siedlungsbau einstellen, die Besatzung beenden und einen friedlichen Weg zur Aufteilung des Landes zwischen Mittelmeer und Jordan finden. Zweitens müsse staatliche und religiöse Autorität klar voneinander getrennt werden. Drittens müsse die rechtliche Gleichheit aller Staatsbürger hergestellt werden.

Wikipedia, Stand: 26.2.26. Nach: Die Neugründung Israels. In: Blätter für deutsche und internationale Politik vom Dezember 2012, <https://www.blätter.de/ausgabe/2012/dezember/die-neugruendung-israels>.

wichtig für zulassungsbeschränkte Studienfächer. Das Berliner Missionswerk ist seit 50 Jahren Träger der Schule. In diesem Jahr feiert Talitha Kumi das 175-jährige Bestehen und ist wieder als „exzellente deutsche Auslandsschule“ bestätigt worden.



SKULPTUR Talitha Kumi

Abschied Wir treffen uns mit den Familien Nassar im Restaurant Al Hakura in Beit Sahur. Auch ein Lehrer von Talitha ist mitgekommen. Gut dass reserviert war, im Ramadan sind beim täglichen Fastenbrechen die Lokale oft gut besucht. Wir nehmen allein schon zwei große Tische ein, die jungen Leute sitzen unter sich. Es gibt allerlei leckere Vorspeisen, danach Fleischspieße mit Beilagen. An den Tischen herrscht eine ausgelassene Stimmung.

Aber immer wieder gehen die Blicke zu den beiden Bildschirmen an den Wänden oben, die die gerade laufenden Aktionen des israelischen Militärs zeigen, wie israelische Panzer Häuser und Hütten zerstören, z.B. in Dschenin. Und dann werden die eben noch lachenden Gesichter plötzlich sehr ernst. Mit unserem Abschied wird auch der Muttertag der inzwischen 87-jährigen Großmutter der Familie Nassar gefeiert. Die Kinder haben Kuchen mitgebracht. Beim Glückwunschlied singen alle im Lokal mit.



Der Abschied war herzlich. Obwohl wir ja nur kurz im Land waren, schienen die Familien dankbar, dass wir in diesen schwierigen Zeiten gekommen waren und Anteil nahmen. Gleichzeitig war da die Sorge um die Zukunft angesichts der Verschärfungen und die Frage, unter welchen Bedingungen eine nächste Begegnung stattfinden könnte und müsste. Denn wenn wir weg sind, geht ihr Alltag weiter mit immer wieder neuen schwierigen Situationen, mit täglich erniedrigenden Erlebnissen, zum Beispiel an den Checkpoints ...

Sonntag, 23.3. Ausreise und Rückflug

Flughafen Ben Gurion. Wieder an den Bildern der Geiseln vorbei. Wieder Anspannung. Die Einreisebestätigung durch das elektronische System „ETA-IL“ hatten wir vorher beantragt und erhalten. Jetzt wird der Vorgang durch unsere Ausreise digital abgeschlossen. Kurze Befragung durch die Grenzbehörden. Warten. Durch den Zoll. Warten. Gepäckkontrolle. Warten. Handgepäck und sonstiges. Warten. Alles gut. Rückflug.

Nachbemerkung

Wir waren ins Land gekommen, als ein erster Waffenstillstand in Gaza herrschte. Als wir gingen, ist dieser zu Ende. Die Geiseln sind noch in Haft, lebendig oder bereits gestorben. Erst im Oktober werden wir alle erleben, dass durch die vereinbarte Waffenruhe die meisten von ihnen freikommen.

In Teilen des Westjordanlands jedoch herrscht eine Art Ausnahmezustand - im Windschatten zumindest der deutschen Aufmerksamkeit. In der Gegend der Region Bethlehem scheint es ruhig. Aber was haben wir denn schon mitbekommen? Es gab Raketenbeschuss Israels aus dem Jemen und immer wieder noch aus Gaza. Wir hören es. Ansonsten waren wir meist in palästinensischen Taxis unterwegs. Auf kürzestem Wege von Ort zu Ort. Von Begegnung zu Begegnung. Herzlich, aber kurz. Ich werde wiederkommen. Und bis dahin berichten, was ich gesehen, gehört, gespürt habe. Und versuchen, es menschlich und politisch einzuordnen.

<https://www.lifegate-reha.org/lifegate-beit-jala/>

<https://www.unibethlehem.org/die-bethlehem-universitaet>

<https://www.pasch-net.de/de/pasch-schulen/schulportraits/asien/pse/dar-al-kalima-evangelical.html>

<https://www.talithakumi.org/de/startseite/>

Liebe Kolleg*innen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur Mitgliederversammlung der GEW Köln
am Mittwoch, 22. April 2026 von 17.30 Uhr – 20 Uhr im großen Saal des DGB-Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)
Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Vorschlag zur Tagesordnung:

- TOP 1 Thema & Diskussion:
„Wie kann die GEW auf kommunale Bildungspolitik Einfluss nehmen?“
mit Eva Caspers, GEW-Mitglied & Mitglied im Rat und stellv. Ausschussvorsitzende im Ausschuss
für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln für die Fraktion Die Linke
- TOP 2 Finanzen
Haushalt 2025:
Vorstellung des Haushaltsabschlusses 2025
Kassenprüfungsbericht 2025
Entlastung der Kassiererinnen für 2025
Haushalt 2026:
Haushaltsplan 2026 & Beschluss über den Haushalt 2026
- TOP 3 Rechenschaftsbericht des aktuellen Geschäftsführenden Vorstands (GfV)
Vorstellung des Rechenschaftsberichts, Rückfragen & Entlastung des GfV
- TOP 4 Anträge
- TOP 5 Austausch & Berichte
- TOP 6 Verschiedenes

Anträge an die MV müssen bis zum 15. April 2026 um 17 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle eingegangen sein. Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

Herzliche GEWerschaftliche Grüße
der Geschäftsführende Vorstand